

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 1/2, und durch Postreute zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte, 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141.

15 Pfennig für Kreiswacht, 20 Pfennig für Provinzialwacht, 25 Pfennig für Reichswacht. Zusätze für die nicht Abonnenten müssen bei Bestellung 3 Tage in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 86.

Mittwoch, den 14. April 1909.

20. Jahrgang.

## Die Verwirklichung des Sozialismus.

### Neue Wege zur Steigerung der Produktivkraft.

Die moderne kapitalistische Produktionsweise mit ihren großen Betrieben und der ausgebildeten Maschinenarbeit hat die Produktivität gegenüber der lediglich auf menschlicher Arbeit beruhenden handwerksmäßigen Produktionsweise ganz gewaltig gesteigert, nur daß der dadurch geschaffene Reichtum im wesentlichen nur den Besitzern der Produktionsmittel, den Kapitalisten, zu gute gekommen ist. Aber darüber besteht kein Zweifel, daß diese Steigerung der Produktivität die erste Vorbedingung ist, um allen Mitgliedern der Gesellschaft eine gute Existenz zu sichern. Eine sozialistische Gesellschaft, die keine kapitalistische Anweisung der Waren kennt, wird den erzeugten Reichtum „als Genossen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gleichmäßig zu kommen lassen und damit den allgemeinen Wohlstand wesentlich größer gestalten. Welche gewaltige Steigerungen der produktiven Kräfte aber auch der Zukunft noch vorbehalten sind, und wie es besonders möglich werden wird, durch gesellschaftliche Maßnahmen die Produktivität außerordentlich zu steigern, zeigt ein sehr interessanter Artikel von Johann Ludwig Kluge in der Nummer im Februarheft der „Sozialen Kultur“ über die Ausnutzung der deutschen Wasserkraft.

Die Verwertung der Kohlenproduktion und die dadurch ermöglichte ständige Vertenerung der Kohlen bringt auch die Industriellen immer mehr der Frage näher, wie die Wasserkraft besser ausgenutzt werden können. Der Preis der Kohlen ist heute doppelt so hoch, wie vor 20 Jahren. Damals konnte der Verbraucher so viel Kohlen haben, wie er wollte, und zahlte für die Tonne ab Bege 5 bis 6 Mark; heute fordert das rheinisch-westfälische Kohlenbündel 12 bis 15,50 Mark und liefert nur so viel, wie ihm beliebt, während es die Kohlen an ausländische Konkurrenten zu zwei Dritteln des Preises liefert. Die große Bedeutung der Ausnutzung der Wasserkraft für die Allgemeinheit wird jedoch in der Steigerung der allgemeinen Produktivität liegen, die von ihr zu erwarten ist. Die gesamte ausgenutzte Kraft des gespannten Wasserdampfes einschließlich Lokomotiv- und Dampfmaschinenbetrieb auf der ganzen Erde hat Professor Schmidt von der Technischen Hochschule in Dresden auf 120 Millionen Pferdekraft geschätzt. Bei täglich zehnstündigem Betriebe an 300 Arbeitstagen im Jahre erfordern diese 120 Millionen Pferdekraft rund 360 Millionen Tonnen Brennstoff, also über ein Drittel der Weltzeugung an Steinkohle, im Werte von 5700 Millionen an den Verbrauchstellen. Die demnächst wichtigsten Kraftquellen, Gas und Wasser, haben es bis heute auf der ganzen Erde nur auf 5 bis 6 Millionen Pferdekraft gebracht. Und doch werden allein die Wasserkraft der Erde auf etwa acht Milliarden Pferdekraft geschätzt! Auf Deutschland und die Schweiz entfallen je 1/4, Italien 5/8, Frankreich 3/8, Oesterreich-Ungarn 6/8, Schweden 6/7 und Norwegen 7/8 Millionen an den Turbinenstellen bei neunmonatiger Ausnutzung im Jahre. Dazu kommen noch die Kraftmengen, die man durch Ansammeln oder Niederschläge in Staubecken, Talsperren gewinnen kann. Da in Deutschland die in Betracht kommenden Niederschläge jährlich 13 Millionen Kubikmeter betragen, so wird angenommen, daß der größte Teil der in Deutschland zur Zeit gebrauchten 13 Millionen Pferdekraft sich durch Wasser statt durch Kohle schaffen lassen.

Daß an diese Frage mit allem Ernst herangetreten wird, zeigt der große Widerstand, den auch die Industriellen der Elektrizitätssteuer entgegenzusetzen und besonders auch die Tatsache, daß Bayern bereits an die Aufgabe herangegangen ist, seine Wasserkraft in großen Kraftzentralen in elektrische Energie zu verwandeln und seine gesamten Eisenbahnen in Zukunft elektrisch zu betreiben, aber auch außerdem noch Kraft an die Fabriken und Kommunen abzugeben. Denn um eine größere und rationellere Verwendung von elektrischer Kraft handelt es sich vor allem bei der Ausnutzung der Wasserkraft. Soweit diese nicht ausreicht, wird eine Verbilligung der elektrischen Kraft und damit eine Steigerung der Produktivität dadurch zu erreichen gesucht, daß der Transport der Kohlen ausgeschaltet, überflüssig gemacht wird. Durch Transport und Zwischenhandel wird der Preis der Kohle heute um das Doppelte und Dreifache erhöht. Deshalb werden große elektrische Kraftzentralen in der Nähe der Bergwerke errichtet, wie dies bereits im Ruhrgebiet geschehen ist, und statt der Kohle gleich die Arbeitskraft, die elektrische Energie, weitergeleitet, wie das im Jahre 1905 Edison allgemein mit den Worten empfohlen hat:

„Die erste große Veränderung in der Erzeugung der Elektrizität wird darin bestehen, daß man die Zugschraube für diesen Zweck überhaupt beseitigt. Anstatt den schwarzen Diamanten in gewichtigen Massen aus der Erde zu holen, ihn auf Wagen oder Schiffe zu laden und vielleicht 1000 Kilometer weit zu transportieren, ihn dann erst unter den Kessel zu schütten und auf diese Weise die nötige Kraft zu erzeugen, werden später gleich am Ausgange der

Kohlenbergwerke selbst Anlagen geschaffen werden, wo die Kraft erzeugt und dann einfach durch Leitungen nach beliebigen Richtungen und beliebig weit übertragen wird. Es ist widersinnig, die Kohlenbergwerke selbst auf Räder zu setzen, es ist auch umständlich, kostspielig und durchaus nicht nötig. Es ist jedenfalls leichter, molekulare Schwingungen in der Geschwindigkeit von Millionen von Wellen in einer Sekunde fortzuführen, als Eisenbahnenwagen mit roher Materie zu belasten. Wir können 100.000 Pferdekraft leichter und billiger auf einem Draht „verschiffen“, als wenn wir die entsprechende Kohlenmenge auf einem Seefahrzeuge transportieren.“

Seitdem sind erst vier Jahre verfloßen und an die Durchführung dieses Planes wird schon von allen Seiten herangegangen. Nicht lange wird es dauern und die für die Bahnen und Fabriken nötige Kraft wird von solchen großen Kraftzentralen über das ganze Land geleitet und damit eine große Umwälzung in der Produktion und eine ungeheure Steigerung der Produktionskraft erzielt. Die Wasserkraft ist nun aber fast durchweg Eigentum der Gesamtheit. Das Eigentumsrecht an den Flüssen ist ein öffentliches und auch die Talsperren werden durch den Staat oder durch Kommunen errichtet. Die volle Ausnutzung der Wasserkraft bedeutet daher schon ein großes Stück Bergesellschaftlichkeit der Arbeitskraft, und wo dem Staat die Eisenbahnen gehören, wie in Deutschland, wird dieser ganz natürlich, wie es Bayern zur Zeit macht, auch die Kraftzentralen errichten. Die Verstaatlichung der Bergwerke wird aber auch immer dringender zur Notwendigkeit, der sich bereits die meisten Industriellen nicht mehr verschließen. Diese Entwicklung wird daher auch ein großes Stück Staatssozialismus verwirklichen und der Gedanke eines Elektrizitätsmonopols ist ja bereits ernstlich in den Kreis der Diskussionen gerückt worden. Mit dieser großen Ausnutzung der natürlichen Kräfte wird aber auch die Möglichkeit geschaffen, wieder bedeutend mehr Waren zu erzeugen als bisher, den Reichtum also zu vergrößern. Aber damit tritt auch der Widerspruch deutlicher hervor, der darin liegt, daß trotz des gewaltigen Reichtums ein großer Teil des Volkes im Elend schmachtet und der Gedanke des Sozialismus muß von neuem an Kraft gewinnen.

Interessant ist übrigens, daß in derselben obengenannten Zeitschrift, die von dem bekannten Professor Hise herausgegeben wird und im Verlage des Reichlichen Volksvereins erscheint, H. Weigl in einem Aufsatz über „Volkswirtschaft und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ nachweist, daß allgemeine Bildung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter ganz bedeutend steigere, was zwar eine längst bekannte Tatsache ist, aber es ist doch bemerkenswert, wenn dies in einem Organ des Zentrums bestätigt wird. Der Autor führt eine Reihe von Beispielen an, die sehr interessant sind. Es kamen zum Beispiel in

	Analphabeten auf 100 Bewohner	Reinertrag pro Kopf der landw. Bevölkerung in Kronen
Mähren	5,1	40,51
Galtzien	56	8,20
Budowina	64	7,20

Dasselbe Bild ergibt sich bei Berücksichtigung der Fortbildungsschulen. Diesen Zahlen stellt Weigl die Zahlen für den Reinertrag pro Hektar des Bodens gegenüber:

	1. Bonitätsklasse Kronen	2. Bonitätsklasse Kronen	3. Bonitätsklasse Kronen
Mähren	82,80	62,50	44,38
Budowina	21,68	15,20	10,44
Galtzien	28,34	19,42	13,44

Diese Zahlen sprechen eine außerordentlich deutliche Sprache! Zeigen sie doch, wie durch die geistige Schulung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit selbst in der einfachsten landwirtschaftlichen Arbeit bedeutend gesteigert wird. Das mögen sich besonders auch die Agrarier in Deutschland merken. Damit wird aber auch ein zweiter Weg gezeigt, wie die Produktivität in Zukunft noch wesentlich gesteigert werden wird. An Mitteln wird es dann nicht fehlen, allen Mitgliedern der Gesellschaft eine reichliche Existenz zu sichern — wenn gleichzeitig dem kapitalistischen Raubsystem ein Ende gemacht wird und die erzeugten Werte von einer sozialistisch organisierten Gesellschaft allen Mitgliedern in gleicher Weise zugänglich gemacht werden.

## Politische Uebersicht.

Wie ein preussischer Minister geführt wird. Wie die Qualität der deutschen Diplomaten, steht bekanntlich auch die der preussischen Minister beträchtlich unter dem im westlichen Europa üblichen Durchschnitt. Verwaltungs- und Bureauenschen, die es in anderen Ländern höchstens bis zum Bureauchef brächten, steigen in Preußen, wenn sie ehemals Korpsstudenten waren, gute verwandtschaftliche Beziehungen haben und sich den in den leitenden Kreisen herrschenden Anschauungen anzupassen verstehen, auf der Rangleiter bis zum Staatssekretär empor. Wer allerdings weiß, wie so manche der preussischen Minister im letzten Jahrhundert zu ihrem Amte gekommen sind, dem erscheint solche Mittelmaßigkeit durchaus

nicht verwunderlich. Ein neues hübsches Beispiel dafür, wie preussische Minister entstehen, bietet das dieser Tage im Verlage von S. Hirzel in Leipzig erschienene Buch: „Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck“, in dem der ehemalige Chef der Reichskanzlei, Christoph von Tiedemann, verschiedene seiner Erlebnisse erzählt, darunter auch seine Bemühungen, nach der Verabschiedung des Finanzministers Camphausen und des Handelsministers Achenbach im Jahre 1878 einen neuen Finanzminister zu finden. Bismarck und Tiedemann zerbrechen sich vergebens den Kopf, woher sie den neuen Finanzminister nehmen sollen, als Herr von Tiedemann eines Abends im Klub den Baron James Hobrecht traf und nun in der Weinsalune darauf verfiel, dessen Bruder, den Oberbürgermeister Arthur Hobrecht, für den Finanzministerposten zu empfehlen. Er erzählt selbst darüber:

„Während ich zum Reichskanzlerpalais fuhr, überlegte ich mir, ob Hobrecht nicht in der Tat sich zum Finanzminister qualifiziere. Ich war hierüber noch nicht mit mir im Reinen, als ich ins Schlafzimmer des Fürsten trat, der sich bereits zu entschlafen begonnen hatte, und mich mit den Worten empfing: „So, nun hat Stephan auch abgelehnt. Na, Bismarck, was macht wunu?“

Ich antwortete, daß ich einen Finanzminister gefunden zu haben glaube und nannte freichweg Hobrecht. Der Fürst begann sich eine Weile und äußerte dann, das scheint ein glücklicher Gedanke zu sein. Dann fragte er mich, ob ich mir Hobrecht so genau bekäme, daß ich ihn noch in dieser Nacht überfallen und fragen könnte, ob er Minister werden wolle. Ich bejahte dies. Der Fürst hat mich nun, Hobrecht sofort aufzusuchen, und ihm dann Nachricht zu bringen. Er werde nicht einschlagen, bis ich zurückgekehrt sei.

Es war nach ein Uhr Nacht, als ich an Hobrechts Wohnung klingelte. Der Diener der mich kannte, teilte mir auf mein Befragen mit, daß der Herr Oberbürgermeister sich noch in einer Abendgesellschaft befinde, aber jeden Augenblick zurückkehren könne, und führte mich dann in Hobrechts Arbeitszimmer. Nach Verlauf einer kleinen halben Stunde erschien Hobrecht im Frack und weißer Binde, den Hut im Aiden, im leicht geröteten Gesicht einen ungewöhnlich lustigen Ausdruck, Haltung und Sprache ließen zweifellos erkennen, daß er aus einer sehr fröhlichen Gesellschaft kam. Er war natürlich höchst erstaunt über meine Anwesenheit zu so später Nachtstunde, und sein Erstaunen wich nicht, als ich ihm möglichst unbefangenen sagte, ich sei gekommen, um bei ihm noch eine Zigarette zu rauchen und eine Flasche Seltzerwasser zu trinken. Beides wurde herbeigeführt. Hobrecht entledigte sich seines Gesellschaftsanzuges und setzte sich mir dann behaglich und neugierig gegenüber, nie und mehr als der Ueberzeugung kommend, daß ich ihm noch etwas Besonderes mitzutellen habe.

Als er endlich mit einer direkten Frage herausrückte, antwortete ich: „Ja, ich wollte Sie auch beiläufig fragen, ob Sie nicht Lust haben, Finanzminister zu werden.“

Hobrecht sah mich starr an. Er hielt das Ganze für einen Scherz und mußte offenbar nicht recht, wie er ihn ausnehmen sollte. Als ich indessen meine Frage kaltsblütig wiederholte und dabei hinzufügte, der Kaiser habe mich ausdrücklich beauftragt, noch in dieser Nacht mit ihm zu verhandeln, sprang er erregt auf, lief im Zimmer umher und rief hochaufatmend: „Diese Sache könnte einen ja mit einem Male millionär machen.“

Nach einer Weile fragte mich Hobrecht, wann er mich morgen Vormittag sprechen könne. Ich antwortete, daß ich bis 12 Uhr zu Hause sein werde. „Nun“, sagte Hobrecht, „ich werde mir die Sache beschlafen; wenn ich aber morgen im Kaiser noch so denke, wie heute in der Besprechung, so sage ich: Ja! Also auf Wiedersehen morgen.“

Am anderen Tage in der Kaiserstimmung wurde Hobrecht Finanzminister. Er verstand zwar herzlich wenig vom Finanzwesen, aber das macht bei einem preussischen Minister nichts aus. Hobrecht hat später selbst erzählt, Bismarck habe auf seine Einwendung, daß er von den Finanzen eigentlich gar nichts verstehe, geantwortet: „Um so unbefangener werden Sie an die Geschäfte herantreten.“

Die Demokratische Vereinigung, die um Theodor Barth gescharte politische Gruppe, hielt am Donnerstag in Berlin ihren ersten Delegiertentag ab. Unvorsichtige sprechen sogar schon von einem Parteitag. Als vor Jahresfrist auf dem Frankfurter Delegiertentag des liberalen Wahlvereins, der freisinnigen Vereinigung, Barth, Breitscheid, v. Gerlach und einige andere ihren Austritt aus dem alten Parteiverbande vollzogen, war das eine Mannesstat, die ihnen die Achtung nicht bloß ihrer engeren Anhänger, sondern auch ihrer anständigen Gegner einbrachte. Köstiger Optimismus war sicherlich nicht, der jene Männer aus der Gemeinschaft geworfener Freunde hinaus in eine ungewisse Zukunft lockte, die Erwägung, daß sie als oppositionelle Minderheit einer bestehenden Partei vielleicht immer noch stärkeren Einfluß ausüben könnten, als durch das halbbrüderliche Experiment einer neuen rein bürgerlich demokratischen Parteigründung, ist ihnen gewiß nicht ferne geblieben. Aber über alle Klugschwägerien einer vorsichtig abwägenden Opportunitätspolitik siegte das sichere Gefühl für persönliche Unabhängigkeit, und das ist es, was man ihnen unerschöpflich aller politischen Meinungsverschiedenheiten hoch anrechnen muß.

Seit nach einjähriger Arbeit zählt die Demokratische Vereinigung etwa 5000 Mitglieder. In dieses Ergebnis für die Gründer deprimierend, ist es ermutigend? Man kann darüber verschiedene Meinungen sein. Jedenfalls kann man begreifen, daß die Führer der Demokratischen Vereinigung



Der deutsche Mittelstandstag. Der Besuch des am heutigen Dienstag in Berlin zusammentretenden Mittelstandstages scheint ein außerordentlich starker zu werden. Die Anmeldungen sollen so zahlreich eingelaufen sein, daß die Kräfte, in der Hasenhaide belegenen Säle zu den Veranstaltungen gemietet wurden.

Unter den Rednern befindet sich auch der frühere Staatsminister Freiherr von Verelock. Die Versammlung soll eine Resolution zugunsten der Reichsfinanzreform einschließlich der Nachlasssteuer annehmen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst immer sehr viel in Mittelstandsfragen tätig ist, ist über dieses Vorgehen der Mittelständler überaus entrüstet. Sie weist darauf hin, daß der starke Wunsch dabei rühre, weil den Besitzern die entstehenden Kosten aus den Kästen ihrer Korporationen bezahlt werden. In der Einladung hatte es geheißen: „Die Ansahe wird ganz wesentlich erleichtert dadurch, daß die Kosten für diese Fahrt zu der Berliner Rundgebung nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden, sondern daß nach einer Anstalt, die an maßgebender Stelle im Reich eingeholt wurde, die Korporationen (d. i. Jannungen) das Recht haben, ihre Delegierten auf Kosten der Kasse zu senden, weil es sich hier um eine dem Mittelstand stark interessierende wirtschaftliche Frage handelt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für ganz unmöglich, daß eine solche Auslastung gegeben werden konnte. Sie findet, daß eine derartige Verwendung der Anstaltsgelder mit dem Gesetz nicht zu vereinbaren sei. Herr Dr. Vertelock schimpft auch auf die Eisenbahn-Direktionen, die sich bereit erklärt haben, für rasche zur Ermöglichung des Verkehrs nach Berlin abzulaufen. Als vor kurzer Zeit die Agrarier zu ihrer Kadaverbesprechung nach Berlin kamen, wurde von nicht agrarischer Seite moniert, daß aus dem Osten Ertragssteuern zu erheben seien und diesem Ertrag abgezogen wurden. Damals erklärte die „Deutsche Tageszeitung“, daß das vollständig berechtigt sei, ein solches Entgegenkommen könne die Landwirtschaft verlangen. Während die Mittelständler in der Absicht nach Berlin kommen, sich gegen die Nachlasssteuer zu erklären, dann würden die Runder nachher nichts einzuwenden haben, gegen diese angeblich gesetzwidrige Verwendung von Geldern, noch gegen die Fabrikarbeiterermäßigung.

Wenn die Agrarier wieder einmal sich mit ihrer Mittelstandsfreundlichkeit brüsten, dann wird man gut tun, ihnen das schnelle Verhalten der „Deutschen Tageszeitung“ vor Augen zu führen.

Der Handel mit Patienten. In einem kürzlich in Schöneberg bei Berlin durchgeführten Verleumdungsprozess wurde bekannt, daß Ärzte und darunter Professoren mit bekannten Namen Provision für die Zuführung von Patienten zahlen. Es wird nun bekannt, daß das preussische Kultusministerium als Aufsichtsbehörde für die Verleumdungsprozesse, die hier in Betracht kommen, gegen die schuldigen, beamteten Ärzte mit aller Schärfe vorgehen, sowie in dem bekannten Schöneberger Verleumdungsprozess zweiter Instanz ein sie tragendes belastendes Erkenntnis vorliegen sollte. Allein in Frage käme nach der Bedeutung der Vorkommnisse, aber die Klage gestützt wird, ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung. Die hier vorzunehmende amtliche Stellung eines Teiles der Beschuldigten würde ihr Verhalten, soweit dies nach dem Ergebnis der Verhandlungen zweiter Instanz in der Tat zu bedenklichen Veranlassung geben sollte, nur in umso höherem Maße erscheinen lassen.

Die nationalliberale Spekulation auf die pommerischen Wäner. Konserervative und Freisinnige sind gleich während darüber, daß die Nationalliberalen in Pommern einzubringen versuchen. Als der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann, der sich die Agitation in Pommern ganz besonders angelegen sein läßt, in einer Versammlung in Stettin deswegen angeklagt wurde, antwortete er dem Sinne nach folgendes: Es handelt sich bei der nationalliberalen Tätigkeit in Pommern nicht um Agitation gegen den Liberalismus, sondern gegen die Konservativen. Der Unliberalismus habe die Wäner durch seine Freisinnigkeit vor den Kopf gestoßen. Der pommerische Wäner denke liberal und nur seine nächsten Interessen hätten ihn mit den Junkern verknüpft. Als liberale Schutzollpartei glaubten die Nationalliberalen den Konservativen viele Wahlsimmen absperrig machen zu können.

### Im alten Röddchen zu Weimar.

Don Helene Böhlau. (Kochbuch verboten.) Die Wänerwäner waren heute von allen Verpflichtungen freigesprochen. In ihrer Stelle waren Wäge aus der Stadt mit heraufgebracht, die die Bedienung besorgten. — Beide Kräfte trugen weiße Kleider und Schlimpimperlein hatte auf dem Rücken einen Kranz von Eucalypten, der ihr die Wangen schattete. Rudolph hatte nur ein bescheidenes Rosenkränzenchen am Hals. Schlimpimperlein, aus Arme ihres Verlobten, war ein liebender Anblick. Die zarte volle Gestalt von dem engen dünnen Kleid umgeben, die zärtlichen runden Arme, das zarte Gesicht, die zarten Schenkel des jungen Wäners. Sie war ein Anblick, der grünen und bürren Mannstolz zu Kopf rief — und sie hätte keinen Augenblick zu Altes kommen können, wenn ihr Verlobter sie einem einzigen ganz Länge gegnend hätte, oder er hielt sie am Arm und im Arm den ganzen Abend. Das war der Frühling recht und sie liebte ihn, denn ihr Leben die Spinnstühle ihres Wägers für ein Bürgerkind nicht recht am Platz. Sie hätte ihr ganz etwas angelegt oder abgenommen, — und doch sching ihr das Herz vor Freude zwischen Bräuten und Wägen und Schellen und Fragen und Antworten der fremden Wäge, daß sie ein so schönes Kind besch. — Rudolph hatte eine liebe Gede, die niemanden besonders auffiel und mit allen gut ankam. Sie tanzte mit jederman, mit alt und jung und sprach mit allen unangenehm und beschämend. Wenn sie zu ihrem Freund zurückkehrte, sprach er sie glücklich und zufrieden an und sie ihm dankend, und sie ließ ihn mitnehmen und amüßten den Abend mit ihm und hielten sich an der Hand und schauten auf das Feuer, das jetzt im Sonnenlichte sich zumerte und auf das der Abend spater sein müdes Licht warf und über das Gedächtnis und Wänergehörchen sprach. Am Abend ging das rechte Leben erst an, da kam das eigentliche Festmahl an die Reihe, und nach dem Essen und dem Trinken wuschen die Wäner sich. Die herrliche Sommernacht wühlte alle ein und drängte sie zusammen auf den erlesenen Platz unter der Linde. — Und in diesem herrlichen Kreis wimmelte es von ein Wänerwäner, der aus Sicht hervorkam. — Nur ein Wäner war es, der ein helles Licht aus dem glänzenden Feuerstrahl ab und wanderte im Dunkeln. Und wie sie sich schlangen und wie sie lachten und schätzten und wie die Herzen schlugen, und der Wein die Sinne be-

leben und trübte! Entfernt im dichten Gebüsch sangen die Nachtigallen, denen Liebesehnsucht die kalten Herzen jenseits wollte. Dem Förster war's nicht wohl zu Mut. Sie kamen ihm so erbärmlich vor, die gedankenlosen Leute — wo Tod und Krieg und Schmach und Not über die Erde hingog und alles mit sich riß, vernichtete, zerstampfte, wo keiner seines Lebens und seines Gutes sicher war, wo Könige in den Staus getreten wurden und jeder Ruiner junger Sohn sein Blut einem frechen Eroberer ohne Gnade und Ehre hinopfern mußte. Er schloß sich einjam, verließ sie seinen heiligsten Gefühlen, auch den den Feinden. Seine beiden jüngsten Liebeskinder tanzten mit unversiegliden Kräften. So aneinander geküßelt, in gebührendem dämmeriger Nachtlicht, einjam unter Reinschneidung dahnzuströmen, den nachsten Atem zu fühlen zwischen Kissenbüßen und die jungen warmen Körper, und jede Bewegung, Liebeslust und Liebesglut und jede Bewegung Schönen und Juchens und Jugend — das steht die Sinne an allen Enden zugleich an, wie eine feindliche Stadt, das flackert und leht, das möchte in Flammenglut die ganze Welt begraben. — Und dieses Rückenpärchen fiel auch vom Tischkreuz ab. Die Kleine hing so matt wie ein gezeichnetes Bild am Arme ihres Verlobten, der Rotensanz auf ihrem Haar bukte, — die roten Haare sich warm und weh ihr tief in die Stirn gegen. Dem jungen Bräutigam vergingen die Sinne. Ihr lüchles Gesicht hatte ihn oft irregeführt, er hatte sich erschöpft mühen in Juchenslust, Aufmerksamkeits, um ein gnädiges Lächeln seines Wägers keinen Schen zu erspähen. — Und jetzt, welches Wunder! — jetzt war er Herr und Herr, zitternd, mit klopfenden Herzen lag sie in seinen Armen. Jetzt fuhr sie zusammen. Das waren Schritte! — Gleichgültig ließ sie ihren Arm in den seinen und ging mit ihm, und sie begegnete Heinrich Strobel, mit dem Sprach sie harmlos und liebenswürdig, als hätte kein Hindernis ihr die Seele bewegt. Ihr ein Begleiter aber war, als würde ihm der Hals zugeschnitten, er hätte kein Wort hervorbringen können. Was für eine kleine süße Bete war sie doch! Friedrich Herzlich wollte heute nicht mit seinem Strobelmeyer vom Röddchen hinausgehen, wartete nicht bis zum Morgen, bis bei dem Schneewal das Herz sich neu auflebte, sondern ging früher, als die Sonnenstrahlen dunkel, nachdem der Abend untergegangen war, über der Erde lag. Als er von seiner Braut Abschied nahm, flüßerte er mit ihr und sang sie bang und erregt und sie erwiderte ihm lächelnd und beruhigte, leicht seine Lippen mit einem Küssen. Aber zu kurz mir nicht — kurz mir nicht mehr, sagte er, da lachte sie und er flüßerte davon in die dunkle Nacht hinaus.

Der deutsche Mittelstandstag. Der Besuch des am heutigen Dienstag in Berlin zusammentretenden Mittelstandstages scheint ein außerordentlich starker zu werden. Die Anmeldungen sollen so zahlreich eingelaufen sein, daß die Kräfte, in der Hasenhaide belegenen Säle zu den Veranstaltungen gemietet wurden.

Unter den Rednern befindet sich auch der frühere Staatsminister Freiherr von Verelock. Die Versammlung soll eine Resolution zugunsten der Reichsfinanzreform einschließlich der Nachlasssteuer annehmen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst immer sehr viel in Mittelstandsfragen tätig ist, ist über dieses Vorgehen der Mittelständler überaus entrüstet. Sie weist darauf hin, daß der starke Wunsch dabei rühre, weil den Besitzern die entstehenden Kosten aus den Kästen ihrer Korporationen bezahlt werden. In der Einladung hatte es geheißen: „Die Ansahe wird ganz wesentlich erleichtert dadurch, daß die Kosten für diese Fahrt zu der Berliner Rundgebung nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden, sondern daß nach einer Anstalt, die an maßgebender Stelle im Reich eingeholt wurde, die Korporationen (d. i. Jannungen) das Recht haben, ihre Delegierten auf Kosten der Kasse zu senden, weil es sich hier um eine dem Mittelstand stark interessierende wirtschaftliche Frage handelt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für ganz unmöglich, daß eine solche Auslastung gegeben werden konnte. Sie findet, daß eine derartige Verwendung der Anstaltsgelder mit dem Gesetz nicht zu vereinbaren sei. Herr Dr. Vertelock schimpft auch auf die Eisenbahn-Direktionen, die sich bereit erklärt haben, für rasche zur Ermöglichung des Verkehrs nach Berlin abzulaufen. Als vor kurzer Zeit die Agrarier zu ihrer Kadaverbesprechung nach Berlin kamen, wurde von nicht agrarischer Seite moniert, daß aus dem Osten Ertragssteuern zu erheben seien und diesem Ertrag abgezogen wurden. Damals erklärte die „Deutsche Tageszeitung“, daß das vollständig berechtigt sei, ein solches Entgegenkommen könne die Landwirtschaft verlangen. Während die Mittelständler in der Absicht nach Berlin kommen, sich gegen die Nachlasssteuer zu erklären, dann würden die Runder nachher nichts einzuwenden haben, gegen diese angeblich gesetzwidrige Verwendung von Geldern, noch gegen die Fabrikarbeiterermäßigung.

Wenn die Agrarier wieder einmal sich mit ihrer Mittelstandsfreundlichkeit brüsten, dann wird man gut tun, ihnen das schnelle Verhalten der „Deutschen Tageszeitung“ vor Augen zu führen.

Der Handel mit Patienten. In einem kürzlich in Schöneberg bei Berlin durchgeführten Verleumdungsprozess wurde bekannt, daß Ärzte und darunter Professoren mit bekannten Namen Provision für die Zuführung von Patienten zahlen. Es wird nun bekannt, daß das preussische Kultusministerium als Aufsichtsbehörde für die Verleumdungsprozesse, die hier in Betracht kommen, gegen die schuldigen, beamteten Ärzte mit aller Schärfe vorgehen, sowie in dem bekannten Schöneberger Verleumdungsprozess zweiter Instanz ein sie tragendes belastendes Erkenntnis vorliegen sollte. Allein in Frage käme nach der Bedeutung der Vorkommnisse, aber die Klage gestützt wird, ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung. Die hier vorzunehmende amtliche Stellung eines Teiles der Beschuldigten würde ihr Verhalten, soweit dies nach dem Ergebnis der Verhandlungen zweiter Instanz in der Tat zu bedenklichen Veranlassung geben sollte, nur in umso höherem Maße erscheinen lassen.

Die nationalliberale Spekulation auf die pommerischen Wäner. Konserervative und Freisinnige sind gleich während darüber, daß die Nationalliberalen in Pommern einzubringen versuchen. Als der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann, der sich die Agitation in Pommern ganz besonders angelegen sein läßt, in einer Versammlung in Stettin deswegen angeklagt wurde, antwortete er dem Sinne nach folgendes: Es handelt sich bei der nationalliberalen Tätigkeit in Pommern nicht um Agitation gegen den Liberalismus, sondern gegen die Konservativen. Der Unliberalismus habe die Wäner durch seine Freisinnigkeit vor den Kopf gestoßen. Der pommerische Wäner denke liberal und nur seine nächsten Interessen hätten ihn mit den Junkern verknüpft. Als liberale Schutzollpartei glaubten die Nationalliberalen den Konservativen viele Wahlsimmen absperrig machen zu können.

„Wo ist er denn?“ frag Heinrich Strobel, als er Schlimpimperlein allein auf dem Tanzplatz stehen sah. „Fort ist er gelaufen.“ Da lächelte Heinrich Strobel. „Wie wär's denn mit 'nem Schwagerant?“ meinte er, „den wird er doch erlauben? Wir sind einander ungeschädlich, wir beide, denke ich.“

„Ich denke es auch“, sagte sie kühl, „der Herr Schwager mag mich nicht besonders.“ „Wenn Sie brav sind, Schlimpimperlein, mag ich Sie schon, weshalb nicht — schon um Ihrer Schwester willen.“ „Sehr schmeichelhaft“, sagte Schlimpimperlein. „Und wenn Sie an Ihrem Vater gut machen, was Sie Böses getan haben!“ „Na, was denn?“ frag Schlimpimperlein ungeduldig. „Dann, im Winter, den Abend, eh' ich den Herzlieb Braute.“

„Dass ich nicht möchte.“ „Als der Vater Ihnen das Märchen erzählte.“ „Ach gehen Sie, Herr Schwager, das ist nett nachträglich, da kann sich meine Schwester freuen, wenn Sie so sind. Der Vater hat das längst vergessen, mein Gott!“ Sie war sehr ungeduldig. „Das hat er nicht vergessen, Schwagerin, vielleicht vergißt er's sein Lebtag nicht. — Sie müssen das gut machen, Rudolph, mir hat's schon längst auf dem Herzen gelegen. Denn sag' ich's Ihnen.“

„Diesen Vater, daß Sie den kränken konnten!“ „Machen Sie's gut. Und nun den „Schwagerant.“ „Er möchte nicht, daß ich tanze.“ „So“, sagte Heinrich Strobel lächelnd, „Sie böjes Kind, vorhin wollten Sie doch, und nun, weil ich Sie gescholten habe, möchten Sie mich straf.“

„Nein, er will es wirklich nicht.“ „Ich bin da ausgehoben, meine Beste, bei dem Verbot. Sagen Sie ihm, Sie hätten mit dem Schulmeister getanzt, das ist ungeschädlich.“ Sie tanzten den Schwagerant miteinander. „Hast Du mich mit dem kleinen Affen gesehen?“ frag Heinrich Strobel seine Braut. „Wie nahmen wir uns aus?“ „Nicht besonders, mein Herr Liebster, wir haben schon besser miteinander aus, glaub' ich.“

„Das wollt' ich meinen. Sie ist ein Weibchen, wie ich Sie sagte, gerade so ein Weibchen, wie ich damals meinte, eine Nahe. — Was weiß ich! Proßt Maßzeit, wenn bei Herzlieb's einmal die Herzlieb's heraustritt und die Tasse Schokolade ausgetrunken sein wird, möcht' ich um die Welt nicht in Friedrich's seiner Haut reden.“ (Fortsetzung folgt.)

### Ausland.

Belgischer Arbeiterkongress. In Brüssel, 12. April, wird telegraphisch gemeldet: Gestern hat der Kongress der belgischen Arbeiterpartei stattgefunden. Vertreten waren 451 Gruppen mit 610 Delegierten. Unter den eingebrachten Anträgen befand sich einer, der die sozialistischen Mitglieder aller ausländischen Vertretungen anweist, die Ausgaben für die Bürgergarde energisch zu bekämpfen. Nach lebhafter Debatte wurde u. a. ein Antrag des sozialistischen Abg. Delnoire angenommen, welcher die Einführung der persönlichen

„Wo ist er denn?“ frag Heinrich Strobel, als er Schlimpimperlein allein auf dem Tanzplatz stehen sah. „Fort ist er gelaufen.“ Da lächelte Heinrich Strobel. „Wie wär's denn mit 'nem Schwagerant?“ meinte er, „den wird er doch erlauben? Wir sind einander ungeschädlich, wir beide, denke ich.“



sch Monate für die Infanterie und von sechs bis zwölf Monaten für die übrigen Waffengattungen. Seminaristen und Geistliche sollen von der Wehrpflicht nicht befreit sein.

**Katzen Fährten.** Wie aus Martinique berichtet wird, hat Präsident Castro, nachdem er seiner Ausweisung aus Fort de France den größten Widerstand entgegengesetzt hatte, sich nunmehr wieder an Bord des Dampfers „Versailles“ begeben, auf welchem er nach Frankreich zurückkehrt; die Landung wird in St. Nazaire erfolgen.

**Die Demission des ungarischen Kabinetts** Welerle gilt als unvermeidlich, weil die Krone der Vorkommnisse keinesfalls zustimmt. Kossuth wird zwar verurteilt, die Unabhängigkeitspartei zu einem neuen Programme zu bewegen, welches die Dankfrage ausschaltet; sollte jedoch die Partei dieses ablehnen, oder auch nur die Justiz-Hollos-Gruppe dagegen opponieren, so würden Kossuth und Graf Apponyi sich ins Privatleben zurückziehen. Baron Banffy erklärt, die Ausschaltung der Dankfrage für Landesverrat, die Exekution müsse im Jahre 1911 vollzogen sein.

**Die Lage in der Türkei.** Die Erregung über die Ermordung des liberalen Redakteurs Hassan Fehmis läßt Gegenkräfte, die schon lange bestanden, aber sich bisher den Fernerehebungen wenig bemerkbar machten, schärfer hervorheben. Befürchtete Anfeindungen werden zwischen den Organen der Jungtürken und der Liberalen geweckt, zu denen der Ermordete gehörte; zugleich ehren sich die Nationalitäten. Das armenische Komitee tritt mit einer Deklaration auf, worin es heißt, die Existenz des Reiches sei gefährdet. Die anderen Nationalitäten und alle politischen Parteien in der Türkei werden aufgefordert, sich an einem Kongreß zu beteiligen, der den Zweck hätte, eine Verständigung über die allgemeinen Fragen der inneren Politik herbeizuführen.

Offenbar wollen die Nationalitäten auf diesem Kongreß für ihre Forderung nach Autonomie demonstrieren. Die Liberalen sind Freunde dieser Forderung, die Progressiven bekämpfen sie. Die englische Beobachtung und beständige gestimmte und gegen Unruhen aus.

Die Kammer hat am Donnerstag mit den Stimmen der Jungtürken gegen die Stimmen der liberalen Vereinigung und der Christen die Freigabe für Landstreicher angenommen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. April.

#### Der religiöse Fortschritt am Kreuze der Verfolgung.

Vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft sprach Prediger Eschirn am Karfreitag im großen Saale des Konzerthauses über das Thema: „Der religiöse Fortschritt am Kreuze der Verfolgung“. Der Karfreitag in seiner kirchlichen Bedeutung, daß die Menschheit in ihrer Sündhaftigkeit und Schleichheit durch den Opfertod Christi erlöst worden sei, habe an Kraft und Wert verloren. Die veraltete Anschauung, daß der Mensch durch die Erlösung von Natur schlecht sei und nur durch Opfer und reulige Buße von den Sünden erlöst werden könne, habe die heutige Kulturwelt von sich abgeschüttelt. Nach dieser Richtung habe der Karfreitag seine Bedeutung verloren. Doch sei er für die Freidenker, ja für die Kulturwelt von hohem Werte. Christus war nicht das Opferlamme als Ausgleich von Schuld und Sühne, er war vielmehr das Opfer des frommen Fanatismus, er war eines von den vielen Opfern des fanatischen Priestertums. Viele der edelsten und besten Menschen, im Altertum und Mittelalter, die mutig und unergründlich für Wahrheit und Recht eingetreten sind, sind von der Kirche verfolgt und auf den Scheiterhaufen gebracht, symbolisch gleich Christus gekreuzigt worden.

Die Kirche hat das Martyrium gelehrt, sie hat mit Hilfe der Staatsgewalt alle ihre Feinde zu vernichten gesucht. Die Kirche hat für alle Zeiten ein Denkmal des Schreckens errichtet, wie die Weltgeschichte ein Schimmeres nicht kennt. Es sind lebende Wahrheiten, wie die Geschichte sie uns offenbart. Auch in der Neuzeit sucht die Kirche mit allen nur irdlichen Mitteln alles von sich fern zu halten, was ihrer Verbreitung und Machtentfaltung fördernd entgegentritt. Mit welchem Eifer werden Darwin, Haeckel, Dabid Strauß und alle die Männer verfolgt, die eine andere Weltanschauung als die Kirche vertreten. Die Neigung, zu hassen und zu verfolgen, ist noch nicht ausgestorben, sie wird weiter bestehen, so lange die Kirche sich in ihrer Macht fühlt. Der Staat dient ja der Kirche, er pflegt, schützt und hegt sie. Das Land der Dichter und Denker steht gegen Frankreich zurück, das mit der Kirche gebrochen hat. Wenn trotzdem auf religiösem Gebiete Fortschritte zu verzeichnen seien, so sei es den Männern zu danken, die der Kirche standhalten und unentwegt den Kampf aufnehmen. Der Karfreitag sei der Tag, an dem die Menschen die Weltgeschichte an sich vorüberziehen lassen, und wenn sie all der Greuel und Grausamkeiten gedenken, die die Kirche angedeutet, um zur Macht zu gelangen, wenn sie inne werden, welche unheilvollen Folgen die kirchlichen Dogmen auf unser ganzes Leben nach sich ziehen, dann werden sie von selbst sich sagen, daß es höchste Zeit sei, sich von der Kirche abzuwenden.

Zum Schluß berührte der Redner noch die der freireligiösen Gemeinde verfallene Erbschaft. Willkürlich bestimme die katholische Kirche, doch sei ihr noch niemals vom Staate eine ihr zugefallene Erbschaft verfallend worden; freireligiöse Gemeinden dürfen aber nichts erben, das sei der Dinge freier Lauf. Doch die Verwalterung sei der Gemeinde mehr wert, als die Erbschaft selbst. Es wird die Zeit kommen, und sie sei nicht gar so fern, daß man anders darüber denken wird. Die Menschheit drängt nach vorwärts, der Völkerruf sei trotzdem auf dem Marsche. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

**\* Nebensonnen.** Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Am Donnerstag Nachmittag wurde weitverbreitet die durch abnorme Erleuchtung in der Atmosphäre hervorgerufene Erscheinung von Nebensonnen außerordentlich deutlich beobachtet. Nach Beobachtungen aus verschiedenen Gegenden, die im wesentlichen übereinstimmen, wurden etwa von 3 Uhr Nachmittag ab rechts, links und oberhalb des sinkenden Sonnenballes drei dieser „Halo“-weiss regenbogenartigen Farbenbänder deutlich wahrgenommen. — Bei einem Spaziergange über Dürzgo nach Rothfretscham wurden bereits gegen 3/4 Uhr Nachmittag zu beiden Seiten der Sonne sogenannte Nebensonnen gesehen, wobei die linke, vom Beobachter aus betrachtet, zunächst intensiver war. Der Himmel zeigte seit Nachmittag ein Dichtwerden der Strahlen, die zur Zeit der Beobachtung bereits in Cirrus-Stratus übergegangen waren. Gegen 5 Uhr wurde dieses Phänomen noch deutlicher, man sah nun vier Nebensonnen, die durch ein farbiges Band verbunden waren, das dieselbe von Beobachtern für einen Regenbogen gehalten wurde, obwohl es bei uns den Tag über nicht geregnet hat, noch die Luftfeuchtigkeit besonders hoch war. Die Beobachtungsbeobachter hatten für den Beobachter deutlich die Form einer Parabel. Ueber der nördlichen Nebensonne wölbte sich ein neuer für den Beobachter lombarer Vogen. Bei den Nebensonnen war die gelbe Farbe vorherrschend, bei den farbigen Bändern war die rote Farbe vorherrschend. Die Dauer dieses Phänomens währte etwa bis 6 Uhr. Gegen Abend konnte man ein wunderbares intensives Abendrot beobachten, in dem etwa in der Mitte eine jenseitige Säule nach dem Horizonte zu ging. In Rantau, Kreis Nimptsch, beobachtete einer zwei farbige Nebensonnen, von denen besonders die südliche (vom Beobachter links) intensiv leuchtete. Sie zeigten ebenso wie die anschließenden Teile des Sonnenhofs die Spektralfarben mit rot innen. Während die nördliche nach etwa 1/2 Stunde in Sichtlosigkeit

zum Sonnenuntergange. **\* Wägen Mittwoch-Fahrkarten nach Trebnitz.** In der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1909 gelangen verkehrsmäßig am Mittwoch jeder Woche Nachmittags ermäßigte Fahrkarten — zu den Pressen der Sonntagsfahrten von Breslau nach Trebnitz zur Ausgabe. **\* Politiken beim Unterricht.** Der Breslauer Landrat macht bekannt: Nachdem die Notwendigkeit von Unterricht für eine sachgemäße Durchführung der Nahrungsmittelkontrolle anerkannt worden ist, hat der Herr Regierungs-Präsident angeordnet, daß die mit der Ausübung der Kontrolle betrauten Gendarmen und kommunalen Polizeibeamten (Amtsdiener) — soweit das bisher noch nicht geschehen ist — an einem der demnächst von dem Leiter des zuständigen Nahrungsmittel-Untersuchungsbüros an seinem Amtssitz abzuhaltenen, eintägigen Kurse teilnehmen. Die Reisekosten der Gendarmen trägt die Staatskasse, die der kommunalen Polizeibeamten sind als Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung anzusehen.

### Aus Schlesien und Polen.

**Kircheneinsturz in Hohenfalsa.** Die vor etwa 15 Jahren erbaute katholische Marienkirche ist am Sonnabend Nachmittag während des Gottesdienstes eingestürzt. Infolge einer großen Erdbeben, die mit dem Wasserzufluß in den fiskalischen Salzbergwerken im Zusammenhang zu stehen scheint, stürzte zuerst die Nordwand ein, während sich in der Kirche die Menschen zur Andacht versammelten. Die Kirche und die Propstei mußten sofort geräumt werden. Die Pfeiler des Kirchenschiffes sanken in die Tiefe, und meterhohe Wasserfäulen sprudelten empor. Militär und Feuerwehr sperrten sofort die Kirche im weiten Umkreis ab. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. Um vier Uhr Nachmittag fand auch ein großer Teil des Erdbodens vor dem großen südlichen Portal in die Tiefe, ihm folgten die schweren Steinsteine. Die Reliquien konnten nach der alten Pfarrkirche geschafft werden. In Zwischenräumen von 15 bis 30 Minuten stützten neue Mauerteile in die Tiefe; im Innern der Kirche dauerte das Krachen an. Die Kirche gilt für unrettbar verloren. Das Pfarrhaus, das als gefährdet gilt, mußte geräumt werden. Man befürchtet mit dem Zusammensturz der Kirche den Beginn einer größeren Katastrophe, zumal da Risse in den nächstliegenden Häusern der Bahnhofstraße sich schon vor Monaten gezeigt hatten. Der Beschädigung bemächtigt sich angesichts der Einsturzkatastrophe große Furcht. Schon im vorigen Jahre, als die Salzbergwerke vom Wasser überflutet wurden, zeigte sich in der Kirche Risse und Sprünge. Eine Untersuchungskommission, der auch mehrere Bergleute angehörten, gab ihr Gutachten dahin ab, daß eine Einsturzsgefahr nicht bestände. Die Katastrophen haben jetzt diesen Worten nicht recht gegeben.

Das infolge der Erdstöße entstandene Loch ist etwa 30 Meter Durchmesser groß und sehr tief. Die Klüfte der Kirche sind im Wasser spurlos verschwunden. Das Betreten des Geländes ist lebensgefährlich, da fortwährend Nachstürze vermutet werden.

Eine spätere Meldung besagt: Die Erdstöße in Hohenfalsa dauern an. Sonnabend Abend war der Erdriß bereits 75 Zentimeter breit. Die Terraintensungen südlich vom „Kronprinzenschacht“ gewinnen immer mehr an Ausdehnung. Die Häuser in der linken Seite der Bahnhofstraße zeigen zahlreiche große Risse. Vorausschicklich wird die Ortspolizei Sonntag den Räumungsbegehren erlassen.

Der Einsturz wird auf den Wassereintrich zurückzuführen sein, der im Sommer 1903 in das fiskalische Steinsalzbergwerk „Kronprinz“ und das mit diesem marktscheidende, einer Aktiengesellschaft gehörende Salzbergwerk erfolgte und beide zum Erlaufen brachte. Da sich die Bergwerke zum Teil unter der Stadt befinden, liegt die Gefahr noch weiterer Einstürze vor.

**— Schwidniz, 12. April.** Weitere arbeiterfeindliche Kundgebungen der Schwidnitzer Handelskammer. Nachdem erst kürzlich im Plenum der hiesigen Handelskammer gegen einige Reformen auf dem Gebiete der Sozialpolitik scharf gemacht worden war, kommt jetzt der sogenannte „Fachausschuß“ derselben Kammer, um gegen die unzähligen, kaum nennenswerten Zugeständnisse, mit denen die industriellen Lohnkassen auf Grund der neuen Gewerbeordnung „beglückt“ werden sollten, Front zu machen. In einer langatmigen Resolution wenden sich die Mitglieder des kapitalistischen Systems zunächst gegen die wichtigsten Beschlüsse der Reichstagskommission, durch welche die Schutzbestimmungen des § 120 a Abs. 3 der Gewerbeordnung nicht nur für bestimmte gesundheitsgefährliche Betriebe, sondern für alle Betriebe Anwendung finden sollen. Sodann wenden sich die Herren gegen die Ausdehnung der Nachbefugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten; in unverblümter Weise wird gegen den Ausbau der Gewerbeinspektion gekämpft und der Wunsch ausgesprochen, die Kompetenz der Landesbehörden in keiner Weise zu Gunsten dieser Beamten zu schmälern. Ganz entschieden Einspruch glauben aber die Herren gegen die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse erheben zu müssen. Und warum? Weil die Autorität des Unternehmers untergraben und der Einfluß der Arbeiterorganisationen, natürlich der unternehmerfeindlichen, nur gestärkt werden würde. Ganz aus dem Häuschen geraten sind aber die Herren durch den Beschluß, den Arbeitern bei Vornahme von Ueberstunden und Sonntagsarbeit ein Festbestimmungsrecht einzuräumen. Ob das wirklich so gefährlich sein mag, wie die Herren in ihrem Herrscherbüßel anzunehmen scheinen? Einschlägige Unternehmer verhandeln sich in dieser Frage heute schon mit ihren Arbeitern. Wollen die Herren wirklich ein gutes Einvernehmen mit den Arbeitern, wie sie in ihrer Resolution fordern, so müssen sie denselben auch Rechte zuerkennen. In derselben Resolution wird gegen die Schaffung von Handelsinspektoren polemisiert und die Regelung der Arbeitszeit in nicht zu offener Verkaufsstellen gefährlichen Schreibstuben, Kontors, Lagerstätten usw. ganz entschieden zurückgewiesen. Die ungezügelt profitorientierte Unternehmerrhetorik, die aus jeder Zeile dieser Resolution spricht, läßt jeden Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zurückgehen. Die Arbeiter beiderlei Geschlechts erheben aber hieraus, wofern der Kurs geht. Die beste Antwort auf diese wiederholten arbeiterfeindlichen Kundgebungen ist und bleibt: Eintritt in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter.

**Wah, 12. April.** Die Furcht vor den freien Gewerkschaften. Die Angst über das Vordringen der modernen Arbeiterbewegung in der Grafschaft bereitet den Gegnern viel unruhige Stunden. Es werden die größten Anstrengungen gemacht um das Vordringen aufzuhalten, aber der Organisationsgedanke läßt sich nicht mehr aufhalten. Fast keine Woche vergeht, wo nicht in irgend einem Vereine durch einen Vortrag die moderne Gewerkschaft ins Gespräch kommt. Ein Nationalmittel scheint der katholische Arbeiter-Verein gefunden zu haben, denn dieser beschloß in seiner letzten Mit-

teilung auszuschießen. Große Erfolge wird der Verein damit nicht erzielen und niemand mehr, wie wir, frei sich über den Beschluß. Auch hier wird er, genau so wie in den Arbeitervereinen, zur Folge haben, daß alle feierlichen Arbeiter, die noch den katholischen und evangelischen Männer- und Junglingsvereinen angehören, auch die Konventionen verlassen werden, und aus den Vereinen austreten. Der Beschluß wird ebenso wenig Erfolg haben, als wie die Arbeitervereine mit dem gleichen Beschluß erreicht haben. Dadurch wird das Vordringen nicht aufgehalten und nicht verhindert werden können, daß wir Schritt an Schritt an Boden gewinnen. Das muß selbst der schwarze „Bergräber“ heftigen, so schön es ihm auch fällt. So läßt sich das Blätchen aus dem Baderste C u o w a berichten, daß auch dort die freien Gewerkschaften Fuß gefaßt haben und dort ein Agitator die Arbeiter „aufhebt“. Um die junge Arbeiterbewegung tot zu machen, kriech man, jedenfalls unter kirchlicher Mithilfe, das Lokal ab. Aber dieses „heißelnde“ Mittel verfehlt auch hier seinen Zweck, denn die obdachlos gemachten Arbeiter holen von jetzt ab ihre Versammlungen und Zusammenkünfte im nahegelegenen gastfreundlichen Böhmen ab, wo sie von jeder Saalabtreibererei sicher sind. Vereint mit den böhmischen Genossen wird auch von den feierorganisierten Arbeitern von Sudowa die Maßfächer begangen werden. Mit solchen heimlichen Aktionen macht man die Arbeiterbewegung nicht tot, und die Patrioten haben einen Grund weniger über die vaterlandslosen Gesellen zu klagen.

**Seitenberg, 12. April.** Tödlicher Unfall. Vor den Feiertagen ereignete sich im Forstrevier Mühlbach ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Der Holzschläger Strauch aus Mühlbach stürzte ab, folgendes Stempel. Hierbei kam er zu Fall und unter den Holzschlitzen. Da außerdem noch die Seite, welche die Säber zusammenhält, zerriß, gingen Schlitzen und Stämme über ihn hinweg, wodurch er einen Schädelbruch, Gehirnerschütterung und starke Lungenquetschung davontrug. Der Verunglückte starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

**Welschwasser, 13. April.** Eine christliche „Genossenschaft“ wegen umfangreicher Betrügereien verurteilt die Oblicher Strafammer den 37jährigen Glasmacher Schmidt fünf Jahre von hier zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte u. a. auch als Vorstandsmittglied eines christlichen Junglingsvereins unrechtmäßig Mitgliederbeiträge in Höhe von 87 Mk. unterschlagen. Er langte trotz des erdrückenden Beweismaterials jede Schuld.

**Legnitz, 13. April.** Die Errichtung der städtischen Arbeiter-Zu der unter obiger Epizentrale gebrauchten Holzteil mit der verunglückten Feuerwehrmann mit dem er durch nach der Entlassung aus dem Krankenhaus 40 Mk. Entschädigung angewiesen erhielt. Auch der Abzug des Krankengeldes für die Verpflegung im Krankenhaus sei nicht richtig ausgegeben.

**Striegau, 11. April.** Kartellbericht. Die Abrechnung vom ersten Quartal 1909 ergab eine Einnahme von 286,67 Mark und eine Ausgabe von 161,18 Mark. Des weiteren beschloß die Sitzung mit einem Artikel des „Striegauer Anzeiger“, über welchen an anderer Stelle berichtet wird. Betreffs der Maßfächer wurde eine Resolution angenommen, daß die Delegierten für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten. Den Bericht über die gegenwärtige Lage der Ausperrung resp. Lohnbewegung der Steinarbeiter gab Genosse Daubenthaler.

**Striegau, 11. April.** Für die Zentralisation. Am Donnerstag tagte in der „Herkule“ eine Konferenz der Vorstandsmittglieder, sowie Vertreter zur Generalversammlung aller für Stadt und Kreis Striegau bestehenden Krankenkassen, an welcher 48 Vertreter teilnahmen. Genosse Daubenthaler besprach in einleitendem Vortrage die Notwendigkeit der Zentralisation der Krankenkassen. Eine Resolution, nach welcher sich die Vertreter verpflichten, für die Zentralisation zu wirken, fand einstimmige Annahme.

**Gleiwitz, 12. April.** Im Eisenbahngange gestorben. Am Donnerstag Nachmittag auf der Fahrt von hier nach Hybnitz der pensionierte Eisenbahnbeamte, jetzige Postbote, Kwiotel aus Gleiwitz. Er war geschäftlich unterwegs und wurde kurz vor der Station Orzelsch vom Schläge getroffen. Der Schaffner fand den Mann bereits tot auf der Bank liegen.

**Slawentz, 12. April.** Freier Freitag Nachmittag gerieten durch Funken eines vorübergehenden Schnellzuges an der Bahnstrecke zwischen Slawentz und Ranzgia in der Nähe von Blachhammer lauernde Schwellen in Brand. Das sich mächtig entwickelnde Feuer wurde durch zwei sofort an die Brandstelle entsandte, mit Arbeitern besetzte Lokomotiven aus Slawentz und Ranzgia auf seinen Herd beschränkt.

**Falzenze, 12. April.** Verbrüht. Durch einen Zufall riß das Schindeln des Schlafsaalweikers G. H. den auf dem Ofenrande stehenden großen Suppentopf herunter und wurde dabei verbrüht, daß es nach wenigen Tagen starb.

**Minkstschütz, 12. April.** Gefahren der Grube. Durch vorzeitiges Löschen eines Sprengschusses wurde der Bergmann Bartoch von losgelassenen Kohlenmassen verdrückt und auf der Stelle getötet. Eine Witwe mit sechs Kindern beklagen den Tod ihres Ernährers. Durch denselben Vorgang erlitt der Bergmann Weiser, der ebenfalls von den Kohlenmassen getroffen wurde, einen doppelten Beinbruch.

**Bromberg, 8. April.** Erhöhte Steuern. Die Kommunalsteuern wurden in der Stadtverordnetenversammlung um 13 Prozent erhöht. Somit werden 180 Prozent erhoben. Ebenso wurden die Realsteuern auf 195 Prozent erhöht. Nach dem Entwurf des Hauptplans für 1909 blangiert Einnahme und Ausgabe mit 7.080.873 Mark. Die Ausgaben für die höhere Mädchenschule, Realchule, Bürgerchule und Mittlere Mädchenschule betragen 303.207 Mark und erfordern 118.288 Mark Zuschuß. Die Volksschulen beanspruchen 394.098 Mark. Der Zuschuß beträgt 296.259 Mark. Das Stadttheater erfordert einen Aufwands von 48.288 Mark darunter 37.168 Mark Zuschuß. Stadt- und Volksbibliothek brauchen 20.204 Mark Zuschuß. Die Armenverwaltung hat eine Einnahme von 28.675 Mark, der eine Ausgabe von 161.695 Mark gegenübersteht. Der Zuschuß beträgt 123.020 Mark. Die Polizeiverwaltung hat 24.870 Mark Einnahme, dagegen 229.927 Mark Ausgabe und braucht 205.057 Mark Zuschuß. Auch hier in Bromberg dürfen es die Arbeiter nicht dabei bewenden lassen, daß sie nur Steuern zahlen. Sie haben alle Ursache sich darum zu kümmern, daß auch aus ihren Reihen endlich Vertreter in das Stadtparlament eingehen. Die erhöhten Steuern werden hoffentlich bezu beitragen, daß die Gleichgültigkeit bald aufhört.

**Wahn (Wahn), 12. April.** Ein „Praktikum“. Ein Bauer in einem benachbarten Orte hatte im Herbst seine Dienenstube, um sie besser zu „überwintern“, in die Erde vergraben. Als der Diebete kürzlich nach seinen Dienen sah, fand er sie natürlich tot vor.

### Aus der Geschäftswelt.

„Auf oder Ab“, eine neue Bromberger „Wirtschaftswoche“ in Neben Dessen, mit den Herren von Emma Nazaretski, Alexander Negel, Paul Heidemann vom neuen Schandelschiffe ist in unserer Ausführung (beobachtet im Dresdener Schandelschiff) einander verfeindeten, desgleichen Einzelheiten (Kopf als Herrscher) ganz bestimmt als „Auf oder Ab“, keine deutliche Einzelheiten von Harry Waberhofer, Gusti Köhler, Max Proh, Hans Dörner, Theo Blaul vom Stadt-„Chorist“. Die „Herrschers“ die dieselbe Firma herausbrachte, umgab bereits in drei Auflagen gedruckt werden.

Verantwortliche Redakteur: Maxime G. — Redaktion und Druckerei: Neue Hauptstraße 13. — Verlag von Oskar Schöner. — Druck von H. Schöner & Co. — Druck in Breslau. — Preis 50 Pfennige.











... dass bei Ein- und Ausstellungen wieder verloren geht. Sollten unsere Kaufmänner, die für diese nicht gerade unbedingt notwendige geometrische Maßfrage zu lösen verstehen, nicht auch einmal einen Modus finden, diese Zinsberechnungen noch Tag und Nacht geschwinder herauszubringen?

Weshalb zwingt die hochwohlwollende Völlerei uns noch immer, in Wind und Wetter auf den vierten, fünften Straßenbahnwagen unserer Räder zu warten, nur weil sie wackeln den Eisenbahnen keinen einzigen, auf den Außenperone nur eine kleine Anzahl stehender Fahrgäste gestattet? Die wenigsten nur haben's ergriffen. Wachtel: Vernunft wird Unfinn, Wohlthat Plage! Es scheint eine Fürsorge, die einst wohlthätig zu Gunsten der überhäufeten Güter der Pferdebadungen getroffen wurde, hier in der heftigen Gedankenschaufel auf die schwebelnden Elektromotoren ausgedehnt zu sein, deren Zugkraft es wahrlich auf ein paar Zentner mehr oder minder nicht ankommt.

Als fast selbstverständlich wird erachtet, dass nur diejenigen Eisenbahnzüge eine 4. Klasse führen, die fast die doppelte Fahrzeit gebrauchen, als die 1. Klasse des Verkehrs recht teuren billigt. So muss die auf ihren täglichen Stundenverdienst angewiesene arbeitende Klasse bei jeder Fahrstrecke die doppelte Stundenzahl mühselig unterwegs verbringen, und ihre Reise verhältnismäßig weit teurer bezahlen, als ein Kommerzialrent, der eher fährt.

Von dem verstorbenen Frankfurter Rothschild wird erzählt, daß er auf die Frage, warum er nie zu Fuß gehe, geantwortet habe: „Ich bin nicht reich genug, um zu Fuß gehen zu können!“

Nun, unsere hart um ihre Existenz ringende Großstadt-Verödung ist wahrlich nicht reich genug, um alle die ihnen aufgegebenen Wartestunden mit ihrer Arbeits- und Erholungszeit bezahlen zu können.

Diese Erkenntnis scheint unseren Behörden und Verwaltungen noch nirgends aufgegangen zu sein, denn die einzigen, die bei uns nicht auf sich warten lassen, sind — die Pleite und der Gerichtsvollzieher!

### Worauf wir stolz sind.

Sein Wort spricht der blasse Epileptiker mit so grimmendem Hohn aus wie das Wort „Genosse“. Die ganze Ueberlegenheit jenes Unverständnisses legt der Philister in diese Gänsefüßchen, mit denen er das Wort Genosse ausdrückt. Von dem krummen Idealsimus, der sich hinter dem einfachen Worte verbirgt, hat das auf sein armseliges Ich beschränkte Vogelhirn keinen Hauch. Wie der Arbeiter geistlich-zusammenhängt mit seiner Genossenschaft, mit seiner Partei, mit seiner Presse, das kann der beschränkte, auf sich selbst beschränkte Egoist des Epileptikers nie begreifen. Aber den anderen hier für ein Brief eines Genossen aus einem kleinen norddeutschen Orte unterbreitet, der vor einiger Zeit an die Administration unseres Wiener Bruderblattes gelangt ist und der einen unvollständigen Einblick in die Seele eines proletarischen Menschen gewährt. Der Schreiber ist ein schlichter, verheirateter Arbeiter, der die Krise am eigenen Leibe selber empfindet.

Ich teile Ihnen mit, daß ich das Abonnement erst am 10. d. abenden werde und ersuche Sie daher, die Zusendung nicht zu unterbrechen, indem ich mit Schmach auf jede Nummer warre. Ich muß Ihnen beteuern, warum ich immer so spät den Betrag schicke. Ich habe viel zu zahlen: 60 Heller per Woche an unsere Ortsgruppe der Geier und Rotkehlchen, das ist unbedingt, 25 Heller an den Zahlverein Teplitz, das ist für die politische Organisation, 25 Heller für das Arbeitsblatt „Freiheit“. Dann kaufe ich mir jede Broschüre und dazu kommen noch die Sitzungen. Der Verdienst wird jetzt wieder schmaler.

Ich kann Ihnen aufrichtig mitteilen, daß mir sehr viel daran liegt an der Arbeiter-Zeitung, weil man daraus sehr viel schöpfen kann als Arbeiter. Mir ist es sehr unlieb, wenn der Scheid kommt und ich kann das Geld nicht gleich einfinden, weil ich weiß, daß es Störungen macht in der Administration. So habe ich mich jetzt entschlossen, indem ich ein paar Wochen hin, das Laborkauschen aufzugeben und dieses Geld nicht dem Staate, sondern der Arbeiter-Zeitung zu widmen für das Abonnement. Jetzt werden Sie meine Verhältnisse kennen und ich hoffe, daß Sie das berücksichtigen werden. Nach dem 15. Jänner können Sie bestimmt auf mich rechnen.

Mit Patriotismus  
B. B. (mit genauer Adresse).

Ja, auf solche Leute kann man rechnen. Der dumpfe Hohn des Epileptikers muß vor der Wahrheit und Selbstachtung dieses schlichten Mannes verfliegen, der seine Pflichten als Genosse so gründlich gewissenhaft nimmt und sich weder durch die Ungunst der Krise noch durch irgend ein Paster Kleinigkeiten läßt. Sein hohes Vergnügen, den Tabakbeutel, legt der Mann beiseite, um das Geld für seine Zeitung zu ersparen. Die Stupiditäten mögen höhnen. So handeln doch nur „Genossen“, und daß der Briefschreiber nicht allein dort oben in seinem norddeutschen Nest lebt, sondern daß er in tausenden Exemplaren lebt, das ist unser höchster Stolz. Wo lebt eine edlere Genossenschaft?

### Wie soll man kündigen?

Kündigungen müssen dem Empfänger „zugegangen“ sein. Das heißt nicht so schüchtern aus, und weißt wird man der Ansicht sein, daß das sich von selbst versteht. Gerade aber daraus, daß es nicht rechtzeitig zugegangen sind, entspringen viele und weißt recht überflüssige Prozesse. Wer nicht in einem solchen Verhältnis sein will, handelt vorsichtig. Aber wie? Wenn er verheiratet ist, muß er sich nicht nur überlegen, ob die Kündigung „zugegangen“ ist. Er muß sich auch überlegen, ob die Kündigung dem Mieter bzw. dem Vermieter nicht selbst an, er sagt es dem erwachsenen Sohn, der Tochter, der Frau und bittet sie, die Kündigung dem Vater bzw. dem Mann, der gemietet bzw. vermietet hat, zu bestellen. Aber der erklärt es nicht rechtzeitig. Vielleicht ist er verreist, oder es wird vergessen, ihm zu sagen. Die Kündigung ist nicht zugegangen. Die Mitteilung an andere Personen war wirkungslos. Also hält man es für besser, zu schreiben. Der Brief geht, damit er ja rechtzeitig vor dem 1. April eintrifft, schon am 29. März ab. Er kommt aber erst am 1. April in die Hände des Empfängers. Die Befehlsmacht wurde infolge dieses Zeitablaufes verfallen. Ist die Kündigung demnach rechtzeitig zugegangen? Nein! Die Post übernimmt keine Verantwortung für rechtzeitige Befehlsmacht gewöhnlicher Briefe. Es gehen nur Befehlsbriefe in die Hände des Empfängers. Man aber der andere Fall: der Befehlsmacht ist rechtzeitig abgegeben worden, der Empfänger hat ihn aber liegen lassen, vielleicht ist er zu beschäftigt gewesen. Aber er hätte ihn lesen können. Daß er das nicht kann, das ist sein Pech. Sonst würde er von der Kündigung Kenntnis erhalten haben. Schließlich ist aber doch durch die vorläufigen Entscheidungen der Post die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Brief verloren geht. Das soll vermieden werden. Der Brief wird also „angehängelt“. Man muß, wie man denkt, der Empfänger die Kündigung rechtzeitig erhalten. Also „angehängelt“ Briefe sind keine Befehlsbriefe. Auch sie können verspätet bestellt werden. Sie sind sogar noch gefährlicher als gewöhnliche Briefe. Solche Post der Briefträger in der Postkammer, dann sind sie „zugegangen“, denn der Empfänger hat sie in der Postkammer erhalten. Wenn der Briefträger aber nur gegen Empfangsbekundigung abgibt. Der Empfänger muß also von ihm entgegen werden, wenigstens muß die empfangene Befehlsmacht „angehängelt“ sein. Wenn es jedoch nicht geht, aber zu spät ist, so muß der Briefträger die Befehlsmacht nicht annehmen; denn auch an Diensttagen darf er den Brief nicht annehmen. Am nächsten Tage kommt er wieder, er ist die Post aber nicht abzugeben. Von dem

... daß er die Einkünfte abzugeben hat. Was also tun? Mühselig Mühselig, gewöhnlicher und eingeschriebener Brief — das alles gekostet nicht den Erfolg. Also stellt man durch Vermittlung des Gerichtsvollziehers zu Vor ihm haben manche Menschen ein gewisses Vertrauen; aber der Mann blüht sicher. Man braucht ihn ja gar nicht persönlich aufzusuchen; man sendet ihm den Kündigungsbrief und bittet ihn, das Schreiben dem Adressaten zuzuführen, teilt ihm aber gleichzeitig mit, daß es sich um eine Fristfrage handle. Dann weiß er ganz genau, daß die Sache Eile hat. Kommt die Kündigung nun nicht zur rechten Zeit in die Hände des Empfängers — vorausgesetzt natürlich, daß der Gerichtsvollzieher selbst nicht zu spät beauftragt ist — dann muß dieser die Folgen tragen und etwaigen Schaden bedenken. Der Gerichtsvollzieher braucht sich nicht darum zu kümmern, wer da ist; er stellt zu, wenn er von Erreichungen trifft. Ist gar niemand da, dann bittet er den Kündigungsbrief auf der Gerichtsvollzieher und schlägt einen Zettel an die Tür des Inhabers, daß das erfolgt ist und das Schreiben dort liegt; der Adressat solle es sich holen. Ob dieser nun noch an demselben Tage den Zettel liest und das Schreiben abholt und von seinem Inhalt Kenntnis erhält, oder ob er erst nach Tagen oder Wochen in seine Wohnung zurückkehrt, darauf kommt es nicht an. Die Kündigung ist an dem Tage erfolgt, an dem „zugehängelt“ ist, also der Gerichtsvollzieher in oder vor der Wohnung gewesen ist und das Schreiben mit Zustellungsurkunde dort zurückgelassen oder den Zettel an die Tür geschlagen hat. — Diese Art der Kündigung ist also die absolut sicherste, ob sie nötig erscheint, kommt natürlich auf die Verhältnisse an.

### Vom Breslauer Kaufmannsgericht.

Die hiesigen Vertreter des Zentralverbande der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschen, Sitz Hamburg, haben beim Kaufmannsgericht zwei Anträge eingebracht:

1. Das Kaufmannsgericht möge den Reichstag und den Bundesrat ersuchen, daß die in dem Entwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vorgeschriebenen Bestimmungen über den Verrat von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen — Strafbestimmungen für Angestellte — bekräftigt werden.
2. Daß in dem zurzeit dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Arbeitskammergesetzes Bestimmungen getroffen werden, wonach auch für Handlungsgehilfen derartige Kammern zu schaffen sind.

Beiden Anträgen sind eingehende Begründungen beigefügt.

\* Vom Gewerkschaftshaus. Der Verkehr an den beiden Feiertagen gestaltete sich wieder sehr reger. Am Sonntag ergielte der „Bildungsfranz“ mit seiner Soiree ein nicht gefülltes Haus und vielen Beifall. Das Programm enthielt eine Anzahl Coorlieder, (Dirigent Herr Stecher) mehrere Soli, Duette, Ensemble-Szenen und zwei Einakter. Es wurde durchweg gut geungen und applaudiert. Fräulein Stephan glänzte wieder mit ihrer herrlichen Sopranstimme, die auch umfangreich genug ist, um im Sologebiet in dem großen Saale zur Geltung zu kommen. Der Verlauf des Festes war ein neuer Beweis dafür, daß auf dem Gebiete der Volkunterhaltung von den Gesangsvereinen sehr viel getan werden kann. Wenn solche Veranstaltungen, wie der Volksliederabend des Arbeiter-Längers-Bundes und die Soiree des „Bildungsfranz“ am ersten Feiertage volle Häuser und ein so dankbares Publikum finden, dann kann man den mitwirkenden Vereinen nur zurufen: Auf recht baldiges Wiedersehen im Gewerkschaftshaus!

\* Rabattsparevereine, die anstatt Rabatt zu gewähren, die Waren verteuern. Die Methoden der Rabattsparevereine sind nicht nur kräftiger, indem sie den Käufer einen Vorteil vorzuziehen — eben den Rabatt —, der gar keiner ist, weil der Rabatt zuvor im erhöhten Warenpreise bezahlt werden muß, sie können für die Konsumenten auch in anderer Hinsicht sehr unglücklich haben. Die Rabattsparevereine sind nämlich auch Krämernorganisationen, beziehungsweise sogar die einzigen Krämernorganisationen, die es zu einer gewissen Bedeutung gebracht haben. Alle anderen Versuche, die Details der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu vereinigen, sind gescheitert, nur der Rabatt scheint die Wunderwirkung ausüben zu können, auseinanderstreuende Elemente wie die miteinander konkurrierenden Kleinhandlärer in einer Organisation zu vereinigen. Indessen scheint das nur so. Tatsächlich ist es nicht die Rabattgewähr, die die Krämern zusammenhält, sondern das höhere Geld, das in den Händen der Rabattsparevereine sich deshalb anammelt, weil ein Drittel der verkauften Rabattmarken nicht zur Einlösung präsentiert wird. Alle Rabattsparevereine haben daher hohe Kassenbestände. Und diese sind es in erster Linie, die das merkwürdige Bild organisationsfreudiger Kleinhandlärer herbeiführen. Es denkt wohl jeder von ihnen, gelegentlich könne die Rabattsparevereinskasse sich einmal nützlich erweisen.

Einerlei nun, welche Motive die Krämernorganisationen zusammenhalten, sie sind einmal da, und die Verbraucher müssen damit rechnen. Für die Konsumenten könnte es sogar unangelegen werden, wenn sich wirklich diese ganze Bewegung konföderierte, denn wären nämlich höhere Warenpreise die Folge. Schon aus verschiedenen Orten, zum Beispiel Freiburg und Pforzheim, ist berichtet worden, daß die Rabattsparevereine Minderpreise festgesetzt haben. Neuerdings wird das gleiche aus Gießen berichtet. Dort haben die Rabattsparevereiner mit den Krämernabsatzanten einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Krämernabsatzanten den Rabattsparevereiner einen hohen Zwischendändlerpreis garantieren, aber lediglich auf Kosten der Konsumenten. Denn als Äquivalent mußten sich die Krämern zur Zahlung erhöhter Mindestpreise verpflichten. Händler und Produzenten schöpfen hier also gemeinsam die Konsumenten und teilen sich in der Raub. Das Schlimme an der Sache ist aber, daß die Rabattsparevereiner sogar die Verpflichtung eingegangen, auf Krämern keinen Rabatt zu gewähren! Sie verlangen für ihr ungenügendes Vereinsprinzip, wenn die Krämern mehr einbringen wie die Respektierung. Der Vorgang ist sehr lehrreich für die Konsumenten. Wer glaubt, Händler könne man den Schutz von Konsumenteninteressen anvertrauen, handelt ebenso toll wie das Schaf, das sich in die Ohren des Wolfes begibt. Wenn die Krämernabsatzanten der Arbeiter, die keinen Profit erziehen, sondern nur Wahrnehmung der Konsumenteninteressen kennen, nicht wären, würden die Händler wahrscheinlich noch in ganz anderer Weise vorgehen.

\* Achtung, Wandernarbeiter! Die Wandernarbeiterkommission ist jetzt aus dem Gewerkschaftsamt unterstellt. Der Vorstand der Kommission besteht aus folgenden Personen: Untersekretär als Vorsitzender, August Jänische (Kammer), Gustav Borkhauer, Gustav Borkhauer (Wieninger), Kalkauer, Paul Wolf (Händler), Scheinberger und Th. Machol (Wandernarbeiter) als Vertreter des Gewerkschaftsamt. Alle Bestimmungen über Mißstände im Berggewerbe (ausführliche Gedächtnisprotokolle, Verhandlungen usw.), auch alle Angelegenheiten sind sofort dem Untersuchungsamt zu melden. Der in Frage kommende Gewerkschaftler bitte zur Kenntnis, daß pro Jahr und pro Mitglied 20 Pf. an Beiträge für die Ausgaben der Wandernarbeiterkommission zu leisten sind. Die Gelder müssen an den Kassier, Gewerkschaft, Kalkauerstraße Nr. 18/19, abgeliefert werden. Der Vorstand der Wandernarbeiterkommission. J. A. Otto Bachmann, Marschallstraße 17. Telefon 308.

\* Breslauer Gewerkschaft. In der letzten Sitzung des Hauptauschusses wurde beschlossen, den Anträgen der Preisrichter „Händler“ und der „Kassierer“ des hiesigen Gewerkschafts, sich als „Händler“ und „Kassierer“ zu bezeichnen zu lassen. Der

... Entwurf für die gesamte Dauer der Festwoche verkauft werden. Entwurf für die gesamte Dauer der Festwoche verkauft werden. Entwurf für die gesamte Dauer der Festwoche verkauft werden.

### Die Stadtverordnetenversammlung

trifft am Donnerstag dieser Woche, Nachmittags 4 Uhr, wieder zusammen, um den aus der letzten Sitzung noch restierenden Beratungsstoff und eine Anzahl neuer Vorlagen zu erledigen.

Sie soll sich damit einverstanden erklären, daß die Stadtgemeinde Breslau der neu zu gründenden Gesellschaft für gemeinnützigen Wilschau als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 1000 Mk. beitrete, der Gesellschaft je ein Platz auf dem Strieganer- und dem Christophersplatz gegen Zahlung einer jährlichen Anwartschaftsgebühr von 50 Pf. zur Erziehung von Wilschaukindern überlassen und so lange Gas und Wasser unentgeltlich für die Häuschen geliefert wird, bis die Gesellschaft einen Reingewinn von 3 1/2 Prozent erzielt. Zur Deckung der Stammeinlage sollen 1000 Mk. aus dem Hauptverordnetenratium der Kammer für 1908 entnommen werden. Die Ausschankstellen sollen später eine Verneuerung erfahren.

Ferner erucht der Magistrat um Einverständnis, daß zur Unterhaltung der durch Schwaller betroffenen Hilfsbedürftigen 5 000 Mark als Beitrag der Stadt Breslau an das Komitee in Berlin gezahlt und dem Hauptverordnetenratium für 1908 entnommen werden.

Der Versammlung werden außerdem vorgelegt die Zeichnungen des Entwurfs für den Neubau eines Volksschulhauses nebst Turnhalle auf dem südlichen Grundstücke zwischen Stein- und Mergelstraße, am alten Kendorfer Kirchhofe, sowie ein Erläuterungsbericht nebst Kostenüberschlag.

Das neue Schulhaus soll enthalten im Erdgeschoß und drei Obergeschossen 36 Klassen, 1 Zeichenaal, 1 Bibliothekszimmer, 1 Beratungszimmer und 1 Zimmer für den Schularzt, im Erdgeschoß außerdem eine Schulbierkneipe. Von der Einrichtung einer Haushaltungsschule ist Abstand genommen worden, weil eine solche bereits in dem anzuerbauenden Schulhause an der Steinstraße vorgelegen ist. Die Turnhalle ist in unmittelbarem Anschluß an den Nordgiebel des Schulgebäudes mit der Fensterseite nach Osten gelegen. Die Baukosten betragen nach der überschläglichen Berechnung für das Schulhaus 544.000 Mark, für die Turnhalle 50.400 Mark für allgemeine Anlagen 25.600 Mark, zusammen: 620.000 Mark.

Dem Deutschen Journalisten- und Schriftsteller-Verein soll für seinen Verbandstag eine Summe von unbestimmter Höhe zur Bewirtung der Gäste bewilligt werden.

### Gegen die Seelenverkäufer im Gastwirts- gewerbe.

Die Arbeitsvermittlung für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und fürs Hausgesinde soll ausgestaltet werden. Der Handelsminister und der Minister des Innern haben an die Regierungspräsidenten eine dahingehende Verfügung erlassen. Danach wird, wie es auch in der letzten Stadtverordneten-Versammlung von sozialdemokratischer Seite gefordert wurde, die Bildung besonderer Fachabteilungen für das Gast- und Schankwirtschaftspersonal bei den größeren allgemeinen Arbeitsnachweiselstellen empfohlen. Es wird zugegeben, daß die bisherige gewerbliche Stellenvermittlung in dem genannten Gewerbe und bei den Dienstboten mit erheblichen Mißständen verbunden ist. „Wenn“, so heißt es in der Verfügung dann, nach der „Voss. Zig.“ wörtlich, „auf der einen Seite eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Gesindevermieter und Stellenvermittler in Aussicht genommen ist, so bedarf es als notwendige Ergänzung auf der anderen Seite zugleich einer umfassenden und den besonderen zu lösenden Aufgaben angepaßten Ausgestaltung der öffentlichen Arbeitsvermittlung.“ Dieser ihre Aufmerksamkeit zu widmen, werden die Regierungspräsidenten von den zuständigen Ministern aufgefordert.

\* Der Verein für fakultative Feuerbestattung veranstaltet am Karfreitag einen Lichterabend. Man will nicht nur durch Vermittlung auf den Bestand der Mitmenschen einwirken, um der Idee der Feuerbestattung neue Anhänger zu werben, sondern man wendet sich auch an das Gefühl. So war dieser von Herrn Rektor von Adelsfeld gehaltene Vortrag ganz der ethischen Seite dieser Frage gewidmet. Eine Wanderung durch die Jahrhunderte zeigte Höhlengräber und Steinische, Hügelgräber und Einbäume, das Wäldiger Schiff und die Pyramiden Memphis. Ebenso wurden Bilder über den Totenkultus verschiedener ostasiatischer Völker vor Augen geführt. Die Leichenverbrennung war stets ein Vorrecht der Reichen und Mächtigen. Sie galt bei den Völkern aller früheren Zeiten als die einzig würdige Form der Bestattung und nur die Besitzlosen und Sklaven wurden verscharrt. Den abschreckenden Bildern von Leichen, die seit Monaten in der Erde gemauert, wurden dann die Einrichtungen von Krematorien gegenübergestellt, in denen der Körper in kurzer Frist zu Asche verwandelt wird. Der Redner kann nur der Feuerbestattung den Vorzug geben, ganz abgesehen von der hygienischen und volkswirtschaftlichen Seite der Frage, die ebenfalls für die Feuerbestattung sprechen.

\* Wer ist der Tote? Auf der Chaussee zwischen Döllnitz und Lamsfeld, Kreis Breslau, ist am 6. d. M., Abends 8 Uhr, ein etwa 40 Jahre alter Mann erschossen aufgefunden worden. Die Leiche ist auf dem Friedhof in Lamsfeld untergebracht. Der unbekannt Tote ist 1,70 Meter groß, von mittlerer Statur, hat längliches Gesicht mit vorstehenden Backenknochen und langem, starkem, blonden Schnurrbart. Die Kleidung besteht aus schwarzem Jackettanzug, zweifarbiger Weste, Sommerüberzieher, weissem hohem Stehragen, schwarzem Schilbschleier, Manschetten mit Manschettenknöpfen mit bläulichen Steinen, zwei Tricotshemden (das obere mit blau- und weißgefärbtem Vorhemd), zwei Tricotunterhosen, grauen Socken, schwarzen Schnürschuhen und schwarzem steifen Hut. Unter dem Schnurrbart des Hutes befand sich ein Zettel mit dem Poststempel Breslau und den Schriftzeichen „Abfender G. Sommer, hier, Zimmerstr. 11.“ Außerdem wurde bei der Leiche ein Kneifer mit schwarzer Schnur vorgefunden. Angaben zur Ermittlung der Persönlichkeit des Toten werden nach Zimmer 31/32 des Polizeipräsidiums erbeten.

\* Aufgefundenener Fötus. Auf dem Ader hinter der Kopfschraube wurde am 3. d. Mts. am Grabenrande eine Bienenkiste aufgefunden, in der sich ein mit Erde bedeckter etwa 4-5 Monate alter Fötus befand, der aber bereits so stark in Verwesung übergegangen war, daß das Geschlecht nicht mehr erkannt werden konnte. Er ist nach dem Leichenschauhause geschafft worden. Angaben zur Ermittlung der Mutter oder des Ansehers des Fötus werden nach Zimmer 31/32 des Polizeipräsidiums erbeten.

\* Gefunden wurde eine silberne Damenuhr, eine goldene Brille im Futteral, drei Portemonnaies mit Inhalt, mehrere Schlüssel, ein Juwel, ein Krankenaktenbuch, ein Sparvertragsbuch, ein Zettelbogen für den Witwe Viertel, Postenstraße 2, eine Briefkiste mit Ring am Bein, gest. B. C. 469 IV. E. N. 08. Gefunden wurden ferner: Eine goldene Kette mit Herz, ein Handschuh mit Inhalt, ein Hundemantel, ein Lederstückchen, ein Portemonnaie mit Inhalt und ein Schlüssel. Berührt mit Zeit dem 2. d. Mts. der Volkswirtschaftlichen Zeitung aus Breslau bei Döllnitz.



Landtagsabgeordneter Genosse Adolf Hoffmann aus Berlin spricht über die Pfarrer-Befolgungen und das preussische Abgeordnetenhaus. Da Massenbesuch in Aussicht steht, wird um pünktliches Erscheinen gebeten. Der Einberufer: Emil Neukirch, Friedrichstraße 67.

Was ist besser: Steuern bringen oder Steuern holen?

Diese für die Breslauer Steuerzahler interessante Frage beantwortet im neuesten „Gemeindeblatt“ ein Fachmann mit einem lauten: Das erstere ist besser. Zwei Jahre haben wir jetzt in Breslau das sogenannte Steuerbringssystem und es hat sich gut bewährt. Es heißt darüber in dem erwähnten Artikel unter anderem:

1906 haben bei dem Holzsystem die Erhebungsstellen (für Beamte, Schützgebühren etc.) für einen Posten 3,54 Mark betragen. Sie sind bei dem Bringssystem 1907 auf 2,69 Mark gefallen und infolge der Vermehrung der Stellen und namentlich der Ermittlungsbeamten im Jahre 1908 auf 2,91 Mark gestiegen, sind also auch jetzt noch bei dem Bringssystem sehr erheblich geringer als bei dem Holzsystem. An Wahn- und Vollstreckungsgebühren entfielen 1906 auf den Posten 0,44 Mark, im Jahre 1907 aber nur 0,17 Mark, im Jahre 1908 nur 0,14 Mark. Die Steuerzahler sind zwar gerade diejenigen, denen die rechtzeitige Abführung der Steuern am schwersten fällt, haben also bei dem neuen System erheblich an Gebühren erspart. Gleichwohl ist der Eingang der Steuerbeiträge bei Berücksichtigung des höheren Steuerfolls zum mindesten nicht ungunstiger gewesen wie unter dem Holzsystem.

Das das neue System, das noch immer billiger ist als das frühere, nicht diejenige große absolute Ersparnis gebracht hat, die manche erwartet haben, trifft allerdings zu. Das liegt aber nicht an dem Bringssystem als solchem, sondern daran, daß die früher tätigen Beamten mit verhältnismäßig hohen Gehältern nach Maßigkeit verwendet werden mußten. Vor allem aber an der starken Zunahme der Dienstgebühren, die auf die Vermehrung der Stellenzahl um 20 Prozent und auf eine ganz erhebliche Zunahme aller steuerlichen Arbeiten in den beiden letzten Jahren zurückzuführen ist. In welchem Maße diese Arbeiten gewachsen sind, geht am deutlichsten hervor aus der Anzahl der Stunden, der starken Steigerung der Abgänge, der Ausfälle und der verbliebenen Steuerreste.

Gerade diese Sachen verursachen eine Menge von Schreibwerk hauptsächlich durch Eingebung und Verteilung der Steuern der untersten Steuerstufen. Dies macht auch das erhöhte Beamtenpersonal notwendig, nicht etwa die Gelberhebung, welche verhältnismäßig wenig Zeit und Kräfte erfordert.

Von besonderem Einfluß auf die Höhe der Ausgaben ist die Zahl der Ermittlungsbeamten, die ursprünglich auf 15 bis 17 bemessen auf 30 erhöht werden mußte, was zunächst auf die Steigerung der Stellenzahl, sodann aber auch auf eine erhöhte Inanspruchnahme dieser Beamten zur Erledigung von nicht abweisbaren Aufträgen der staatlichen Veranlagungsbehörde und anderer städtischer Geschäftstellen zurückzuführen ist.

Die Abfertigung des Publikums bei der Steuerzahlung findet unter dem jetzigen System derart statt, daß alle diejenigen Steuerzahler, welche ihre Steuern in den ersten fünf Wochen des Vierteljahres entrichten, anerkanntermaßen sehr rasch abgefertigt werden. Ein längeres Warten wird nur notwendig an den letzten Tagen vor Ablauf der Fälligkeit der Steuern.

Gerade die öffentlichen Vorurteile, die das Bringssystem vor dem Holzsystem hat: die größere Sicherheit der Steuerzahlung und die bessere Kontrolle und Ueberwachtbarkeit der Buchführung, haben auch Rigdort und Wilmersdorf zur Einführung des Bringsystems veranlaßt. Auch in Düsseldorf (und Frankfurt und Charlottenburg) besteht das Bringssystem schon seit langer Zeit mit gutem Erfolge, neuerdings ist auch Köln zu diesem Einhebungssystem übergegangen. In Kiel ist die Einführung dieses Systems beabsichtigt.

Aus der diesem Artikel beigefügten tabellarischen Uebersicht geht hervor, daß die Zahl der Posten 1906 beim Holzsystem 106,263, im Jahre 1907 (Bringssystem) 128,530, 1908 127,565 betrug. Die Zahl der Beamten ist von 155 trotz des Holzsystems (was machen wir die freigeordneten Beamten jetzt?) auf 165 gestiegen! Rasens teuer ist der Verwaltungsapparat: Für 6 Gehälter und Mieten waren in den letzten drei Jahren im Durchschnitt 365,585 Mark notwendig, im Jahre 1908 allein 374,671,36 Mark! Die Gesamteinnahmen an Steuern betragen 1906: 20.840.082,85 Mark, 1907: 23.198.918,98 Mark, 1908: 24.582.838,08 Mark.

Ein Uebelstand ist wohl durch das neue System in Verbindung mit der Krise entstanden: Die Zahl der Mahnzettel stieg von 64.975 auf 195.170! Wer also, das geht aus alledem hervor, der Stadt (und damit sich selbst) Geld sparen will, der zahle rechtzeitig seine Steuern, denn sonst wächst uns der Beamtenapparat über den Kopf.

\* Die Spediture erhöhen die Preise. Der Verein Breslauer Spediture hat beschlossen, vom 15. April 1909 ab eine Erhöhung der Rollgebühren eintreten zu lassen. Veranlaßt wurde dieser Beschluß im wesentlichen, so sagt der Verein, durch die Lohnerhöhungen für das Vertriebspersonal (die waren nicht weit her!) und durch die erhebliche Verteuerung der Futtermittel und des Pferdmaterials (Folgen der Agrarpolitik) infolge der Zollsteigerungen.

\* Arbeitslöhne in einer Submissionsblüte. Eine absonderliche Submissionsblüte kam, nach der „Schles. Zeitung“, bei einer kürzlich von dem hiesigen königlichen Militärbauamt I erfolgten Vergebung von Pflasterarbeiten usw. für den Hof des Kasernements in Kleinbunz zum Vorschein. Es waren im ganzen elf Angebote eingegangen. Während die Forderungen für die Materialien annähernd übereinstimmten, zeigte die Kalkulation der Arbeitslöhne außerordentlich erhebliche Schwankungen. Die drei Mindestbietenden forderten 5700 Mk., 6600 Mk. und 8800 Mk., während das Höchstangebot 15.500 Mk. vorsah. Es besteht also zwischen dem Mindest- und dem Höchstangebot eine Spannung von rund 10.000 Mk. — Schade, daß das Blatt die Namen der Bewerber nicht mitteilt, es wäre sonst interessant, zu untersuchen, ob der Höchstfordernde die angegebenen Löhne auch wirklich zahlt.

\* Achtung, Sunkatene! Mittwoch, den 14. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung. Bericht der Lohnkommission über die Verhandlung mit den Arbeitgebern. Lösung der Frage: Kampf oder Frieden?

† Branddirektor Götz ist am ersten Osterfeiertage in seiner Amtswohnung, Zwingerstraße 20, nach langem schweren Krankenlager verstorben. Der Verlebte, der am 2. Mai sein 55. Lebensjahr vollendet hätte, war seit einigen Jahren herzleidend. Die Leiche des Verstorbenen wird in der Turnhalle der Feuerwehrgesellschaft am nächsten Donnerstag Nachmittag 4 Uhr findet dort eine Trauerfeier statt, worauf die Leiche nach dem Magdalenenfriedhof an der Vohstraße zum Begräbnis überführt werden wird.

\* Breslauer Festwoche. Einen Hauptangelegenheitspunkt der Breslauer Festwoche bildet die Festungsbildung, der Sonntag am 6. Juni die lange Reihe der Darbietungen einleitet. Die Anzahl Vereine haben zugelegt, sich mit Festwochen im Auge zu fassen, viele andere, wie Schützen, Radfahrer, Ruderer, Turner,

Militären usw., werden in ihren Vereinstreffen teilnehmen. Der Direktor der Königl. Kunstschule, Herr Professor Voelzig hat in Aussicht gestellt, daß die Kunstschüler an dem Festzuge teilnehmen und eine „Blat-Gruppe“ bilden, die von dem preisgekrönten Kesselfischer Blatte des Fremdenverkehrs-Vereins, dem Jungen im Tritot mit dem Bäckchen, angeführt werden soll. Zwei humoristische Gruppen werden den früheren Breslauer Fremdenverkehrsverein im Gegenlage zu dem ankünftigen, den der Verein ja leben will, veranstalten; als Vertreter des ersten Vereines ist eine Gruppe von mittelaltlichen Sachsenängern gedacht, die Männer in ihren Schärpen und Mützen mit ihren schweren Köffern, gefolgt von den Weibern in hohen Stiefeln, ihren bunten Trachten und mit den großen Bündeln auf dem Rücken, die zweite Gruppe — die Zukunftsmusik — wird durch Globetrotter aller Art, Engländer, Amerikaner, Chinesen, Türken, Hindus usw. gebildet, so daß auch der Humor zu seinem Rechte kommt.

Einem Wea soll der Festzug, von der Kaiser Wilhelmstraße ausgehend, durch die ganze Schwabingerstraße nehmen bis zum Ring, dort links zur Rechten einbiegend die vier Seiten des Ringes bis zum Hintermarkt durchlaufen; vom Hintermarkt erreicht der Festzug über die Schützbrücke die Dhlauerstraße, geht die entlang bis zum Dhlau-Ufer, Leisingbrücke, Adalbertstraße, Paulstraße, Kaiser- und Lutherstraße und Tiergärtenstraße bis zur Festwiese, in welche nach vorheriger Abschwängung der Wagen die Teilnehmer durch das sonst zur Einsahrt bestimmte Tor einziehen.

\* Das Blat der Breslauer Festwoche gelangt binnen kurzem in allen Bahnhöfen, Hotels, Restaurants usw. Schlesiens und des Nachbargebiets zum Anschlag. Auch als Postkarte in Buntdruck wird es bald überall zu haben sein.

\* Stadt-Theater. Heute, Dienstag, gelangt Offenbach's phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen“ zur Aufführung. Als „Hoffmann“ wird Herr Carl Grünwald, als „Gulietta“ und „Antonina“ Fräulein Olga Gallus auf Engagement gastieren. Mittwoch wird „Tristan und Isolde“ zur Aufführung gebracht. Donnerstag wird Peter Cornelius' komische Oper „Der Barbier von Bagdad“ in Verbindung mit Leo Wechs' komischer Oper „Verriegelt“ zum dritten Male gegeben.

\* Vah-Theater. Heute, Dienstag „Der Mikado“. Mittwoch „Die Dollarprinzessin“. Donnerstag „Der Mikado“.

\* Thalia-Theater. Als erste Volksvorstellung der laufenden Reihe — heute Franz Adam Beyerleins Drama „Papenreich“ gegeben. Mittwoch gelangt Adolf P. von der Luftspiel „Doktor Haus“ als Volksvorstellung für den Humboldt-Verein zur Aufführung.

\* Ein Diergewitter — das war für viele Breslauer, die sich vom Sonnenschein hatten ins Freie locken lassen, am 2. Osterfeiertage eine gar unliebbare Ueberraschung. Nachdem es im Gegenwärtigen zum 1. Feiertage früh warm und trocken gewesen war, erhob sich um 6 Uhr Abends ein heftiger Sturm, dem alsbald Donnerstöne und schwere dicke Regentropfen folgten. Nach einer halben Stunde häuften sich aber wieder auf, aber nur für kurze Zeit. Der Wind, der bis 2 Uhr Nachmittags nur sanft von Südosten her wehte, schwenkte Abends nach Westen um und verheulte sich ganz erheblich. Nachts gab es neuen Regen und der heutige „dritte Feiertag“ beginnt erst nach stundenlangem Frühregen sich einigermaßen aufzuklären.

† Aus dem Fenster gestürzt hat sich am ersten Osterfeiertage früh eine auf der Riesenstraße in der vierten Etage bei ihrer Winter wohnhafte Kontoristin und war infolge Schädelbruchs auf der Stelle tot. Das Mädchen war schwer nervenkrank und in einem Anfall von Schwermut hat es auf diese grausame Weise seinem Leben ein Ende gemacht. Die Leiche wurde, da die Schuld eines Dritten gänzlich ausgeschlossen ist, in der Wohnung beilassen.

† Jugendliche Einbrecher gefaßt. Am 2. d. M. war in ein Zigarrengeschäft auf der Rothenstraße eingebrochen worden, wobei Zigarren und Zigaretten im Werte von etwa 200 Mk. entwendet wurden. Die Diebe hatten zwei verschlossene Türen mittels Nachschlüssel geöffnet und bei einer dritten, die verriegelt war, die Öffnung herangebohrt. Der Kriminalpolizei war es möglich, die Täter in vier etwa 17jährigen Burschen zu ermitteln und den größten Teil der gestohlenen Ware wieder herbeizuschaffen. Zwei der Burschen, welche als Haupttäter in Betracht kamen, wurden festgenommen. Bei den in ih Wohnungen vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurde auch eine Art vorgefunden, welche von dem vor etwa 14 Tagen in einem Schokoladengeschäft auf der Rosenthalerstraße ausgeführten Einbruchdiebstahl herrührt. In die Enge getrieben, gestanden die beiden verhafteten Burschen ein, auch diesen Einbruch ausgeführt zu haben, wobei ihnen außer der Art auch 20 Mark Geld und verschiedene Schokoladenwaren zur Deute geworden waren. Bei diesem Einbruch waren die gestohlenen Burschen durch drei verschlossene Türen gegangen und hatten außerdem noch ein Loch durch eine Wand geschlagen, um in das Geschäft zu gelangen.

\* In der Strafsache gegen den Redakteur Gustav Wilhelm Traugott Wolff in Breslau, geboren den 30. April 1872 zu Rigdort, Kreis Teltow, freireligiös, wegen Beleidigung durch die Presse, hat die erste Strafkammer des Rgl. Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 6. März 1909 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Gustav Wolff ist der Beleidigung durch die Presse schuldig und wird deshalb unter Auserlegung der Kosten des Verfahrens zu einer Geldstrafe von 100 — einhundert — Mark verurteilt, an deren Stelle im Falle, daß sie nicht beigetrieben werden kann, für je 5 Mark ein Tag Gefängnis tritt.

Dem beleidigten Gendarmerie-Wachmeister Robert Schwarzer II sowie dem Rgl. Kommandeur der 6. Gendarmeriebrigade wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf Kosten des Angeklagten binnen vier Wochen nach Zustellung einer Abschriftung des rechtskräftigen Urteils durch je einmalige Einrückung des entscheidenden Teils des Urteils in der „Schlesischen Zeitung“ und in der „Volkswacht“, und zwar in der letzteren in demselben Teile und mit derselben Schrift wie der Abdruck der Beleidigung geschehen ist, zu veröffentlichen.

Alle Exemplare der Nr. 234 der „Volkswacht“ vom 6. Oktober 1908, soweit sie den mit der Ueberschrift „Verhöhnung armer Arbeiter durch patriotische Kapitalisten“ versehenen Artikel enthalten, sowie die in soweit zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind mit der aus § 41 Absatz 2 Reichs-Strafgesetzbuchs, sich ergebenden Einschränkung unbrauchbar zu machen.

Neueste Nachrichten.

Türkische Parteibildung.

Konstantinopel, 13. April. (S. T. B.) Das Komitee für Einheit und Fortschritt hat sich nunmehr endgültig als politische Partei im Parlament konstituiert. Präsident ist Ensalan Effendi. — Die Worte wurde infamiert, daß die höheren Offiziere in der Provinz Bshup seit einigen Tagen verboten,

heim Abendgabet den Namen des Sultans zu nennen. Die Offiziere sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Die Postbeamten regen sich.

Sondow, 13. April. (S. T. B.) In Nottingham tagte gestern ein Kongreß englischer Postbeamten. In einer Anrede erklärte der Vorsitzende, der Kampf der französischen Postbeamten gegen ihre Verwaltung sei in England von den Postbeamten und Arbeitern mit Sympathie verfolgt worden. Zwar sei zu hoffen, daß die englischen Postbeamten sich niemals genötigt sehen, in gleicher Weise vorzugehen, aber die willkürliche Haltung der Verwaltung habe auch in England große Unzufriedenheit hervorgerufen. Infolgedessen beschloß die Versammlung eine permanente Kommission im Unterhause ins Leben zu rufen, die die Regierung von allen Forderungen der Postbeamten verständigen soll. Des weiteren wurde ein Antrag eingebracht, daß die Postbeamten-Organisation sich der Arbeiterpartei anschließen soll. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde vertagt.

Abgebrannte Papierfabrik.

Wien, 13. April. (S. T. B.) Im Maschinenraum der Papierfabrik Schmitzschmühle bei Gloggnitz in Niederösterreich brach am Dienstag Nachmittag ein Brand aus, der das Hauptgebäude, das Maschinenhaus und die Arbeitsäle zerstörte. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. 600 Arbeiter sind brotlos.

Berlin, 13. April. (S. T. B.) In die Markuskirche wurde ein Einbruch verübt. Die Täter hausten, ohne zu stehlen, wie Vandalen, beschmutzten Altar und Taufbecken und warfen die Laternen der Geistlichen umher. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Essen, 13. April. (S. T. B.) Einen Raubmordversuch verübte hier in der Osterstraße ein früherer Kellner namens Moraine an seinem früheren Chef, dem Restaurateur Kump. Er schlug den nach seiner Privatwohnung mit einer Kaffelke unter dem Arm gehenden Kump nieder. Der Ehefrau gelang es, den Täter festzuhalten. Er wurde verhaftet. Kump wurde schwer, seine Frau leichter verletzt.

Wien, 13. April. (S. T. B.) Eine Privatnachricht aus Peking stellt die Abreise des Prinzen Georg für Ende der Woche in Aussicht. Verhandlungen wegen der Anagnose sind mit dem Finanzminister Putsch angeknüpft. Der Prinz wird nach England gehen, dort aber keinesfalls länger als ein Jahr bleiben. Nach seiner Rückkehr tritt er wieder in die serbische Armee ein.

Rom, 13. April. (S. T. B.) Eine blutige Tragödie gab dem Osterfesten einen schlimmen Abschluß. Ein Schützmann, der in einem Wirtschaftsstube Feuer- und geboten hatte, wurde von den Gästen verfolgt. Um sich zu retten, feuerte der Schützmann mehrere Revolvergeschosse ab. Einer traf einen Passanten ins Bein, durch den anderen wurde eine Dame, die ein Fenster öffnete, getötet.

Rom, 13. April. (S. T. B.) Der Deutsche Kaiser wird übermorgen in Venedig eintreffen und schon am nächsten Tage nach Korfu weiterreisen. Fürst Billov wird dem Kaiser über die Zusammenkunft mit Tittoni Vortrag halten.

Paris, 13. April. (S. T. B.) Zwischen Paris und dem 20 Kilometer entfernten Etampes fanden Versuche mit einem von zwei Marineoffizieren erfundenen Apparate zur drahtlosen Telephonie statt, die glänzende Resultate erzielten.

Arweiler, 13. April. (S. T. B.) Die Winger und Weinhandler des Bezirkes hielten eine Versammlung ab, in der sie gegen die Weinsteuer Stellung nahmen.

Mailand, 13. April. (S. T. B.) Der Deutsche stud. jur. Richard Hofmann, bei dem ein Eisenbahnstift Straßburg-Mailand gefunden wurde, ist auf dem Bahnhofe Mailand irrefühlig gemordet. Er stürzte sich auf das Bahnpersonal und mußte mittels Zwangsjade ins Krankenhaus gebracht werden.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprachstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. R. G. und S. G. Selbstverständlich geht der Prozeß gegen die Straßenemonstranten auch nach der Ueberführung weiter. Termin ist am 15. April 11 Uhr vor dem Schöffengericht. W. Z. Als steuerpflichtiges Einkommen gilt alles, was Sie in Stunden-, Tage- oder Wochenlohn und durch Ueberstunden verdienen. Für ein Kind unter vierzehn Jahren kommen 60 Mark in Abzug. A. K. 1. Der Lehrling ist verpflichtet, solange in der Lehre zu bleiben, als es der Vertrag vorschreibt. 2. Nach dieser Zeit kann der Gehilfenlohn gefordert werden. 3. Ja, es ist der tarifliche Mindestlohn zu zahlen. H., Golsberg. 1. Die Ferdinand Lassalle'sche Stiftung gibt Darlehen und Alterspensionen für Arbeiter und Handwerker. 2. Die Adresse ist: An den Magistrat der Stadt Breslau, Bureau IX, Blücherplatz 14. J. S. Ein Ausländer, der in seine Heimat zurückkehrt, bekommt die Versicherungsbeiträge nicht herausgeholt. G., Ostrowo. A. 51 gleich Bruchanlage, D. 47 gleich chronische Krankheiten der Zunge und des Brustfells, bei denen der allgemeine Körperzustand nicht wesentlich leidet. Das Ubrige können wir nicht ermitteln.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 13. April: Stiefenleger. Versammlung Abends 6 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Zimmer 1. Sunkatene. Versammlung Vormittags 10 Uhr. Zimmer 1. Parketteneer. Versammlung Vormittags 10 Uhr. Zimmer 3. Zentral-Verein der Maurer Deutschlands, Zweigverein Breslau (Sektion der Isolierer und Steinholzleger). Versammlung Nachmittags 3 Uhr. Zimmer 3 u. 4. Mittwoch, den 14. April: Gold-Verammlung Abends 8 Uhr. Großer Saal. Arbeiter-Radfahrer-Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer 1. Stiefenleger. Versammlung Abends 7 Uhr. Zimmer 2. Klavierarbeiter. Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer 3. Donnerstag, den 15. April: Krankenkasse Grundstein. Abends 8 Uhr: Generalversammlung. Zimmer 1. Prohian. Abends 8 Uhr: Gelangabend. Zimmer 2. Abstinenz-Bund. Abends 5 Uhr: Versammlung. Zimmer 5. Bibliothek-Abend des Sozialdemokratischen Vereins 7—9 Uhr Abends im Zimmer 2. Freitag, den 16. April: Krankenkassenverband. Abends 8 Uhr: Spilltag. Zimmer 2. Sonntag, den 18. April: Metallarbeiter-Verband. Von 10—4 Uhr: Wahl der Delegierten. Zimmer 1. Arbeiter-Sängerbund. Vormittags 10 Uhr: Versammlung. Zimmer 2. Schiffsimmerer. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 2. Schriftlicher. Vormittags 11 Uhr: Versammlung. Zimmer 7. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt. Offizielle Partisch, Kreisern, Kleinendorf. Mittwoch, den 14. April: Mitglieder-Versammlung bei Riedel. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen D. Schke. 2. Vereinsangelegenheiten. Volksfrage etc.



Abzahlungs-Geschäfte

Hiermann, Mor. Breslau, Ring 82. ...

Bandagisten

Herr, W. Rindfleisch, 38. ...

Bäckereien und Konditoreien

Altmann, M. Ring-Bande 160/162. ...

Berufskleidung

Julius Henel, vorm. C. Fuhs. ...

Bier-Brauereien

Brauerei Union-Brauerei, Gröbchen. ...

Bilder-Einrahmung

Alt, W. Gröbchenplatz 5. ...

Brickets, Kohlen

Beck, H. Ring 6 (Hohmann). ...

Butter-Handlungen

Beck, J. Ring 7a. ...

Destillationen

Bier, Alfred, Rindfleisch 38. ...

Drogen und Farben

Besteile-Druckerei, Gröbchen. ...

Eisen- u. Stahlwaren

Gröbchen, W. Obelaststr. 36. ...

Färbererei u. Wäscherei

Reising, W. Röhren u. dem. ...

Fahrräder, Nähmaschinen

Beutel, C. Rindfleisch 29. ...

Fomann, Wilhelm

Taugenitzstr. 53. ...

Fische u. Delikatessen

Aberle, W. Rindfleisch 159. ...

Fleischereien

M. Altmann, Ring-Bande 160/162. ...

Friseur- u. Barbierere

Anders, Alfred, Schwedstr. 7. ...

Gardinen, Teppiche

Anders, Alfred, Schwedstr. 7. ...

Gebirgs- u. Jagdwaren

Gebr. J. Benjamin, Schwedstr. 42. ...

Gelegenheitskäufe

Gebr. J. Benjamin, Schwedstr. 42. ...

Gardinen, Teppiche

Gebr. J. Benjamin, Schwedstr. 42. ...

Gemüswaren

Altmann, M. Ring-Bande 160/162. ...

Gemüswaren

Altmann, M. Ring-Bande 160/162. ...

Haus- u. Küchengeräte

Garm, Hans, Puchstr. 34/36. ...

Händler u. Wiederverkäufer

Perl & Ologauer, Puchstr. 21. ...

Herrn-Artikel

Arndt, W. Gröbchenstr. 4. ...

Herrn-Garderobe

Altmann, M. Ring-Bande 160/162. ...

Hüte und Mützen

Barth, H. Gröbchenstr. 12. ...

Hüte und Mützen

Barth, H. Gröbchenstr. 12. ...

Jungbier-Verkauf

Bräuer, Heinrich, 5. ...

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich, Rindfleisch 38. ...

Kakao u. Schokoladen

Arnold, G. Gröbchenstr. 26. ...

Kleidstoff- u. Seidenwaren

Berger, A. Ring 30. ...

Kleidstoff- u. Seidenwaren

Berger, A. Ring 30. ...

Optiker

Heidrich, Edelsteinstr. 27. ...

Papier- und Schreibwaren

Hollin, G. (Sieggen), Puchstr. 10. ...

Photographische Ateliers

Atelier „Avollo“, Puchstr. 20. ...

Photographische Ateliers

Atelier „Avollo“, Puchstr. 20. ...

Putz, Modes

Krebs, E. Puchstr. 12. ...

Sargmaschinerie

Kochel, H. Kupferstr. 31. ...

Schirme, stöcke

Gottwald, Max, Neue Taugenzstr. 18. ...

Schneiderei-Artikel

Geinrich, Hugo, Schwedstr. 14. ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Udermann, Rich., Altmstr. 5. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Optiker

Heidrich, Edelsteinstr. 27. ...

Papier- und Schreibwaren

Hollin, G. (Sieggen), Puchstr. 10. ...

Photographische Ateliers

Atelier „Avollo“, Puchstr. 20. ...

Photographische Ateliers

Atelier „Avollo“, Puchstr. 20. ...

Putz, Modes

Krebs, E. Puchstr. 12. ...

Sargmaschinerie

Kochel, H. Kupferstr. 31. ...

Schirme, stöcke

Gottwald, Max, Neue Taugenzstr. 18. ...

Schneiderei-Artikel

Geinrich, Hugo, Schwedstr. 14. ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Udermann, Rich., Altmstr. 5. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Optiker

Heidrich, Edelsteinstr. 27. ...

Papier- und Schreibwaren

Hollin, G. (Sieggen), Puchstr. 10. ...

Photographische Ateliers

Atelier „Avollo“, Puchstr. 20. ...

Photographische Ateliers

Atelier „Avollo“, Puchstr. 20. ...

Putz, Modes

Krebs, E. Puchstr. 12. ...

Sargmaschinerie

Kochel, H. Kupferstr. 31. ...

Schirme, stöcke

Gottwald, Max, Neue Taugenzstr. 18. ...

Schneiderei-Artikel

Geinrich, Hugo, Schwedstr. 14. ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Udermann, Rich., Altmstr. 5. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Leberhandlungen

Freund, Hermann, Gröbchenstr. 37. ...

Nur wenige Geschäfte können noch im Bezugsquellen-Verzeichnis der Volkswacht Aufnahme finden, da der zu diesem Zwecke verfügbare Raum nahezu besetzt ist. Versäumen Sie nicht, Ihre Eintragung umgehend zu bewirken und bestellen Sie durch Postkarte den Besuch eines Vertreters in dieser Angelegenheit.



Außerordentliche Delegierten-Versammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger.

Berlin, den 9. April 1909.

Im dichtbesetzten Saale des „Künstlerhauses“ wurde am Samstag eine außerordentliche Delegiertenversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger abgehalten. Die Beteiligung war in Anbetracht des dienstfreien Tages außerordentlich groß. Saal und Galerie waren bis auf den letzten Platz mit Schauspielern und Schauspielereinnern gefüllt. Den Vorsitz führte Präsident Nissen-Berlin, der dem verstorbenen Adolf Somenthal einen warmen Nachruf widmete. Den Verhandlungen wohnte auch der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Hecker bei. Die Verhandlung begann mit dem Anschlag eines Herrn Ostler Lange, den man hauptsächlich für die herrschenden scharfen Gegensätze zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft verantwortlich macht. Er soll nämlich einige in Privatbesitz gefallene Aufführungen von Angehörigen der Genossenschaft wider den Bühnenverein, die garnicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, Mitgliedern des Bühnenvereins hinterbracht haben. Sodann nahm die Versammlung mit großem Beifall mehrere Mitteilungen über hohe Erträge von Festlichkeiten entgegen, die zugunsten der Pensionsanstalt in letzter Zeit veranstaltet worden sind. Es befindet sich darunter auch ein Betrag von über 6000 Mk., der aus New York gekommen ist. Eine ausgedehnte Debatte entstand über einen Antrag, das zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft bestehende Schiedsgericht aufzuheben.

Dieser Antrag hatte folgenden Wortlaut: In Erwägung, daß die Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Bühnenvereins am 30. Januar d. J. einseitig die bestehende Schiedsgerichtsordnung dahin abgeändert hat, daß das Schiedsgericht nur noch für die Mitglieder des Bühnenvereins besteht, wird das Bühnenschiedsgericht vom heutigen Tage aufgehoben und die genossenschaftlichen Mitglieder werden angewiesen, ihre Klagen dort niederzulegen. Alle bestehenden Schiedsgerichtsverträge sind hinsichtlich der Rechtsverbindlichkeiten aus der Schiedsgerichtsordnung bestehen nicht mehr.

In der Debatte kam allseitig die Zustimmung zu diesem Antrag zum Ausdruck. Herr v. Hülsen, der die Frage auf, wie sich die Mitglieder des Bühnenvereins, die zugleich Ehrenämter in der Genossenschaft bekleiden, zu den Angriffen des Bühnenvereins verhalten. Der Bühnenverein hat in seiner Versammlung gesagt, daß die Genossenschaft für ihn nicht mehr existiere. Keiner derjenigen Herren, die auch Mitglieder der Genossenschaft sind, hat ein Wort für uns übrig gehabt und uns verteidigt. Wir können das nicht so ruhig hinnehmen, und wir müssen von diesen Herren eine klipp und klare Erklärung darüber haben, wie sie sich ihre fernere Tätigkeit innerhalb der Genossenschaft denken. Nicht weniger als 63 Direktoren sind auch Mitglieder oder Ehrenmitglieder unserer Genossenschaft und keiner dieser Herren hat es für seine Pflicht gehalten, uns zu verteidigen.

Präsident Nissen: Wir selber sind es seinerzeit gewesen, die die Herren so irritiert haben, daß wir sie zu Ehrenmitgliedern machten. Es würde deshalb nicht logisch sein, wenn wir jetzt die Würdigkeit dieser Herren angezweifeln. (Sehr richtig!) Ich würde es auch für verkehrt halten, jetzt so temperamentvoll gegen die Herren vorzugehen und einen Beschluß zu fassen, der seine Spitze gegen jene Herren richtet. Wir wissen nicht, wie sich in Zukunft das Verhältnis zwischen Bühnenverein und unserer Genossenschaft gestalten wird, und ich möchte deshalb bitten, von der Annahme eines solchen Antrages abzusehen. (Allseitige Zustimmung.) Einstimmig wurde hierauf beschlossen, das Bühnenschiedsgericht aufzuheben. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Nissen: Nachdem dies geschehen ist, halte ich es für einen Akt der Höflichkeit, nicht nur der Tätigkeit unserer Schiedsrichter anerkennend zu gedenken, sondern auch der Schiedsrichter des Bühnenvereins. Ich tue das, trotzdem die Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins diese Höflichkeit uns gegenüber wiederholt hat vermessen lassen. Eine Reihe Satzungsänderungen wurden nach langer Debatte beschlossen. Ein Antrag Nickett-Berlin und Klein-Rohden-Berlin verlangt Erhöhung des Mitgliederbeitrags um 50 Pf. pro Mitglied und Monat und zwar soll das Geld zur Organisation und Aufrechterhaltung der genossenschaftlichen Institutionen, insbesondere zur Unterstützung des Rechtsschutzbureaus verwendet werden. Klein-

Rohden begründet den Antrag in längerer Rede. Er verliest den Brief eines in Not geratenen Künstlers, der mit Frau und drei Kindern dem Hunger preisgegeben sei und ins Obdachloshaus hätte aufgenommen werden müssen, wenn nicht noch in letzter Stunde eingegriffen worden wäre. Solcher trostlosen Zustände gegenüber müßte die Genossenschaft einsehen und es müßte eine Unterstützungsanstalt geschaffen werden. Das könne aber nur geschehen, wenn die Einnahmen der Genossenschaft größer würden, und deshalb müßten die Beiträge erhöht werden. Nickett-Berlin verwahrt sich gegen Ausführungen von gewisser Seite, als ob die Bestrebungen der Genossenschaft irgend etwas mit Politik zu tun hätten. Wir sind hier weder Sozialdemokraten noch Konservative, noch Nationalliberale, sondern wir stehen hier als Schauspieler, die ihre Lage verbessern wollen. Wir wollen der breitesten Öffentlichkeit vor Augen führen, wie notwendig eine Besserung unserer Lage ist, und für diese großzügige Propaganda, die ich mir denke, brauchen wir Geld. Wir wollen uns die gewerkschaftlichen Arbeiter zu Vorbild nehmen. Die Arbeiter haben oft mit Frau und Kind gehungert, aber sie haben der Genossenschaft ihr Opfer gebracht. Das sollten wir auch tun, denn nur dann werden wir unsere Lage verbessern.

Das beste Reichstheatergesetz kann uns nicht eine Erhöhung unserer Bezüge bringen, das können wir nur selbst machen und nur eine starke Organisation kann uns dazu verhelfen. Ich bitte deshalb gleichfalls um Annahme des Antrages. In der Debatte wandten sich vor allem die Vertreter der Provinz Bühnen und der Chorsänger gegen die Beitragserhöhung. Es seien jetzt Hunderte von neuen Mitgliedern der Genossenschaft beigetreten. Wir würden unseren Mitgliederbestand gefährden, wenn wir gleich nach dem Eintritt dieser jüngeren und schwächeren Mitglieder mit einer neuen Belastung kämen. Man brauche gewiß dringend Geld, aber man müsse es dann auf andere Weise aufbringen. Es wurde weiter ein Vermittlungsvorschlag gemacht, bis zu einer definitiven Regelung der Frage der Beitragserhöhung einen freiwilligen Beitrag von 1 Mk. für das Rechtsschutzbureau von den Mitgliedern zu erheben. Auf Vorschlag des Präsidenten Nissen wurde aber die Frage bis zum Herbst zurückgestellt und dem Präsidenten die Vollmacht erteilt, aus den Mitteln der Genossenschaft dem Rechtsschutzbureau eine gewisse Summe zuzuführen.

Präsident Nissen: In den heutigen Morgenblättern wird gemeldet, daß die vier Hoftheater in Cassel, Hannover, Wiesbaden und Berlin beschlossen haben, Benefizvorstellungen für die Pensionsanstalt der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger künftighin nicht mehr stattfinden zu lassen. Ich möchte deshalb an den Generalintendanten der künftigen Schauspieler, Erzellen von Hülsen, die öffentliche Frage richten, ob jene Kabinettsordre nicht noch in Kraft besteht, wonach die Intendanten verpflichtet sind, Benefizvorstellungen zum Besten der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger zu geben hat. Oder geht etwa der Lebermut des Herrn von Hülsen schon soweit, daß er sich über Befehle seines Landesherren, dessen Kammerherr er ist, hinwegsetzt? (Stürmischer Beifall.)

Hofschauspieler Rehtler (Berlin): Ich bin weder befugt noch beauftragt, im Namen meines Chefs hier das Wort zu ergreifen. Nachdem er aber in so unerbittlicher Weise angegriffen worden ist, muß ich doch für ihn eintreten. Herr von Hülsen hat lediglich einen Beschluß des Bühnenvereins ausgeführt, dem er gehorchen muß. Ich kann als alter treuer und ergrautester Genossenschaftler nur die Versicherung abgeben, daß, so lange ich das Glück hatte, unter Herrn von Hülsen tätig zu sein, dieser den genossenschaftlichen Bestrebungen stets freundschaftlich gegenübergestanden hat. (Allgemeines Gelächter.) Ich kann wohl als alter Genossenschaftler hier so viel Respekt beanspruchen, daß ich nicht angelacht werde!

Präsident Nissen: Sie können es uns nicht verdenken, wenn Sie hier auftreten und sagen, Herr von Hülsen sei ein Freund der genossenschaftlichen Bestrebungen. Hofschauspieler Rehtler (fortfahrend): Herr v. Hülsen hatte stets ein warmes Herz für die Genossenschaft gezeigt. Inwiefern er in letzter Zeit seine Anschauung geändert hat, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis. Präsident Nissen: Ich möchte im Anschluß hieran sämtliche Stadtvertretungen und Theaterdirektionen, die sich gegen die unsocialen Beschlüsse des Bühnenvereins ausgesprochen haben, den Dank der Genossenschaft ausdrücken, vor allem der Stadt Frankfurt a. M. (Lebhafte Beifall.) Ich kann außerdem der Versammlung noch eine erfreuliche Mitteilung machen: Nachdem der Reichstag einstimmig die Annahme einer Resolution auf Schaffung eines Reichstheatergesetzes beschlossen hat, hat sich Herr v. Bethmann-Hollweg bereit erklärt, nach Sichtung des Materials sich in einer Audienz zu empfangen, um die Wünsche der Genossenschaft entgegenzunehmen.

alte Vater Maltus (Herr Berger) erscheint in dem Atelier Lucianens und legt dem Mädchen in der denkbar klobigsten Weise auseinander, welche Ehre es für sie sei, in seine Familie aufgenommen zu werden, und auf welche Art sie sich dieser Ehre würdig erweisen könne. Es kommt zu langweiligen und völlig überflüssigen prinzipiellen Erörterungen über die Moral der künstlerischen Bohème und die Moral des Reichsfreiherrnhauses und dem Phrasendreck wird erst ein Ziel gesetzt, als der retende Engel in Gestalt eines liberalen Winkelblatzedakteurs (Herr Lion) auf der Bildfläche erscheint, der die Broschüre des Trauen Heinrich gelesen hat und dem Verfasser ein Reichstagsmandat offeriert. (Bei bürgerlichen Spielern braucht dazu nicht mehr). Nun ist kein Opfer von Nöten, die diplomatische Karriere wird einfach mit der parlamentarischen vertauscht und das Ständesamt öffnet seine Pforten, der Philister aber geht tiefatmend aus dem Theater nach Hause, die Moral ist erreicht, und die Ehe der Luziane und des Heinrich wird pfläglich eingeleget.

Breslauer Schauspielhaus.

„Die Brautlotterie.“ Vaudeville-Operette in 3 Akten nach E. de Nozzas und Alfred Donane von Charles Nair, Musik von Andrie Weissager. (Erstaufführung.)

Das Wort vaudeville (fr. modvil) bedeutet eigentlich „Volklied mit satirischer Tendenz“; ursprünglich wurde es „vau de villos“ geschrieben und dürfte von „valoir“ abstammen, welches „wert sein“ bedeutet. Wer da nun glauben sollte, daß die am Ostermontag zum ersten Male angeführte „Brautlotterie“, etwas „wert sei“, weil sie ein „Vaudeville“ ist, befindet sich in einem der dicksten Irrenhäuser seines Lebens. So viel Blödsinn hat in einem der besten Köpfe garnicht Platz; daher mußten sich auch, wie oben ersichtlich, drei Leute zusammensetzen, um einen der Abend fallenden Lustige zusammenzuschreiben und Weissager, der Direktor der Pariser Oper, hat dazu eine Musik geschrieben, die, wie sich das bei ihm von selbst versteht, gefällig und grazios ist, aber weiter keine hervorstechenden Eigenschaften aufweist. Ja selbst die genannten können nicht einmal genügend zur Entfaltung kommen, weil der Text alles totschlägt. Den Inhalt — man verzeihe das harte Wort — zu erzählen, ist räusant, kann einer wird ihn glauben! Es ist keineswegs anzunehmen, die Direktion hatte das Feiertagspublikum mit diesem elenden Machwerk bädieren wollen. Aber es bedeutet eine horrende Verständnislosigkeit, so etwas zur Aufführung zu erwerben und eine nicht minder große Rücksichtslosigkeit, leistungsfähige Schauspieler und Sänger mit derartigen Rollen zu belästigen, ihre Zeit und Kräfte zu vergeuden. Mein herzlichstes Beileid den Mitwirkenden, die von vornherein auf einem verlorenen Posten standen. Nur Herr Klaproth war mit einer etwas dankbareren Partik bedacht und brachte diese zu guter Geltung. Fr. M. A. K. o. s. k. a. hätte immerhin etwas mehr aus ihrer gefanglichen nicht überaus ausgestatteten Mercedes machen sollen, aber wie es scheint, verfügt die Dame über nur mäßige Mittel und bringt außer einem vorteilhaften Neupfer wenig mit. (Charan, wo bist Du? Kehre zurück, es ist alles verziehen!)

Das Feiertagspublikum zeigte sich in seiner ganzen Glorie. Im dritten Akte, wo man vor Langeweile abtrübt, wie ein Fisch auf trockenem Sande, sammelte sich der Explosivstoff an. Als der Generalintendant (Herr L. o. d. u. s.) seinen Monolog mit dem Worten endete: „Solch ein Reinsfall!“ brach ein Beifallsturm los, wie er sich gewöhnlich nach einer Kolovratzart der Sembrich einstellen pflegt. Minutenlanges Tosen, das den aufstehenden Herrn G. e. i. d. e. m. a. n. gar nicht zu Worte kommen ließ. Diese Szene wiederholte sich noch einige Male mit dem Unterschiede, daß sich energischer Rufen darin mengte. Und als der Vorhang zum letzten Male fiel, da verließ die Menge schweigend das Trauerhaus. Bei der zweiten Aufführung am Montag hatte man, was ein vorsichtiger Regisseur von vornherein hätte tun müssen, die Stelle weggelassen. Und einige andere, ebenso bedenkliche ebenfalls. — (Red.) Einer aber hätte einen

Devorant verdient: der Souffleur! Es war eine „Lotterie“ ohne „Plan“, in der es nur „Nieten“ gab; sie sollte als „ausländische Lotterie“ in Deutschland verboten werden! Warum studiert man nicht jetzt, wo drei Souffleure vorhanden sind, die reizende Operette „Jeanne, Jeannette und Jeanneton“ ein? Herr Witte-Wild ist doch in dieser Sphäre aufgewachsen. J. W.

Lobe-Theater.

„Zwischen Ja und Nein.“ Komödie von Ost. Blumenthal. Nach den ersten beiden Akten kommt der Durchschnitts-spieler auf den Gedanken, daß das Stück zu einer Verherrlichung der freien Liebe werden könne. Das hat auch Herr Blumenthal empfinden, und deshalb hat er schleunigst im dritten Akt bewiesen, daß er alles eher denn ein roter Nebel, daß er nur ein ganz oder Vierbankkammergelehrter ist, der beim Schwadronieren im Vorhinein hier und da mal ein kräftig Wortlein ausplauscht, der aber sofort wieder steinmüde steht, wenn sein Gutsherr zu Tür hereintritt. Blumenthals Gutsherr ist das Parlettpublikum, das sich wohl einige Sottinen gegen die faulengende Tagediebhande, so sich Diplomatie nennt, gefallen läßt, auch zur Not noch einige Operas gegen die Lächerlichkeit junckerlichen Ahnenstolzes — aber nie und immer eine Verteidigung der Ehe ohne pfläffchen Segen. Deshalb macht der Verfasser, wie sein größerer Kollege Subermann im „Johannisfeuer“, den dritten Akt zu einer Konzeption an die Spieler und rettet sich damit vor dem Verdacht, jemals das Recht der freien Persönlichkeit, das Recht der Frau auf Freiheit und Liebe, auf freie Liebe verteidigt zu haben. Damit wird zugleich das Stück zum Schmarren — aber dem Publikum, das „immerfort am schalen Zeuge klebt“, das „gierig nur nach Schätzen gräbt und froh ist, wenn es „Hegenwürmer“ findet“, gefällig. Und da für das Publikum Blumenthal schreibt, so gefällig auch ihm. — Die Selb in der Komödie ist eine berühmte Malerin Luciane Lenz (Fr. Santen), die als uneheliches Kind eines Ateliermädchens innerhalb der künstlerischen Bohème aufgewachsen ist und sich deren freie Moralanschauungen zu eigen gemacht hat. Diese Dame liebt den Legationssekretär Heinrich von Maltus (Herr Wolfgram), den Sprößling eines urarischen, hochfeudalen Reichsfreiherrnengeschlechts, und wird von ihm wiedergeliebt. Der edle Fünfalling, der bereits eine liberale Bewußtseins geschrieben hat (dessen Inhalt uns Herr Donnau unterzucht), ist bereit, seinen Dienst zu quittieren, um die Malerin heiraten zu können. Luciane aber will sich ihm nur in freier Liebe zu ergeben, da es ihr widerstrebt, von dem Geliebten mehr zu empfangen, als sie ihm bieten kann. Da Heinrich dem Vorschlage nicht abgeneigt zu sein scheint, so wäre die Gelegenheit zur beiderseitigen Befriedigung geordnet, wenn sich nicht die adlige Eppschafft hineinmischte und Verwirrung stifete. Der

(Stürmischer Beifall.) Dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hecker, der in dieser Frage in unserem Sinne vermittelnd gewirkt hat, sprechen wir dafür unseren herzlichsten Dank aus. (Erneuter lebhafter Beifall.) — Lieber einen insofern zurückgegangenen Antrag Nickett, auf Schaffung einer neuen Institution, die sich Nickett zur Unterstützung des Vorstandes dachte, die aber der Vorstand als Kontrollinstanz ansah, kam es zu teilweise sogar stürmischen Szenen. Nickett führte aus, er werde den Antrag im Herbst wieder einbringen, worauf das Präsidium erklärte, es würde dann sein Amt niederlegen. Schließlich gelang es Vorredner Berlin, die erregten Gemüter zu beruhigen. Die weiteren Verhandlungen betrafen rein interne Statutenangelegenheiten, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Hg.

Auf der Delegiertenversammlung waren vertreten 141 Verbände mit 8690 Mitgliedern durch 139 Delegierte und 175 Stimmen.

Erster Delegiertentag der Demokratischen Vereinigung.

Berlin, den 12. April 1909.

Unter Beteiligung von etwa 150 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands wurde am Ostermontag im Ostermann'schen Vereinshaus der erste Delegiertentag der Demokratischen Vereinigung abgehalten. Der Vorsitzende Dr. Rudolf Breitscheid-Berlin gab in seiner Begrüßungsrede einen kurzen Rückblick auf die Ursachen, die zum Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung geführt haben. Wir sind in Frankfurt a. M. ausgetreten nicht, weil die Freisinnige Vereinigung weder ein Programm verlegt hatte, sondern weil ihre gesamte Politik im Rahmen der Modopolitik wesentliche Grundzüge des Liberalismus verlegt hat. Wir sind von Frankfurt nicht mit großen Hoffnungen und Erwartungen nach Berlin zurückgekehrt, trotzdem haben wir jetzt schon halb soviel Mitglieder, wie die Freisinnige Vereinigung. (Lebh. Beifall.) Von den Vereinen, die uns angehören, sind alle bis auf einen in ihr vertreten. (Lebh. Beifall.)

Den Jahresbericht erstattete Schriftführer Dr. Glaser-Berlin. Er gab einen Rückblick auf die politischen Ereignisse des letzten Jahres und dankte allen Zeitungen und Zeitschriften, die sich der demokratischen Sache angenommen haben. Darüber müssen wir auch unserer Freunde in der Zimmerstraße gedenken. (Beifall und Heiterkeit.) Die preussischen Landtagswahlen brachten die erfreuliche Durchbrechung eines alten Vorurteils. Mann für Mann haben unsere Wahlmänner in Letzow-Beslow für die Sozialdemokraten gestimmt, das ist ein bedeutungsvoller Vorzeichenfall für die Zukunft. (Lebhafte Beifall.) Die Landtagswahlen in Berlin waren eine große Blamage für den Freisinn. (Sehr richtig!) Den schmählichen Versuch des Fritschel, der Sozialdemokratie vier Landtagsmandate zu rauben, müssen wir ebenso Brandmarken wie den Riddorfer Wahlrechtsraub. (Sehr richtig!) Nun hat sich ja Herrmann Raumann im Berliner Tageblatt so begeistert für den Bloch von Bismarck bis Bebel, aber weder Bismarck noch Bebel wollen von ihm etwas wissen, und auch die „Freisinnige Zeitung“ und Dr. Wiemer haben Raumann vor aller Öffentlichkeit geriffelt. Dr. Hecker aber wartet auf die Parole des Führers Wilton. So ist die gegenwärtige Situation, aus der wir den Willen zu senerer noch angestrengter Arbeit schöpfen müssen. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion trat der Metallarbeiter Wiesenthal-Berlin für eine Namensänderung nach der Richtung ein, daß die Partei sich nunmehr auch „Demokratische Partei“ nennen solle.

Rheinhold-Berlin wandte sich gegen jeden Personenkultus in der Partei. Die Freisinnige Volkspartei ist gerade daran zugrunde gegangen, daß die überwiegen Persönlichkeiten Eugen Richters alles Selbständige unterdrückte. Wir wollen nicht in den gleichen Fehler verfallen.

Lebh. Berlin I fragte über den Indifferentismus im Bürgertum. — Rechtsanw. Hohenstein-Rön: Uns Demokratische Partei zu nennen, dafür haben wir keine Kompetenz. Das ganze Rheinland ist mit demokratischen Ideen durchtränkt und man würde es nicht verstehen, wenn wir uns nur Demokratische Partei nennen würden. Es gibt Tausende, die ebenso mit demokratisch denken wie wir. (Beifall.) — Dr. Breitscheid trat gleichfalls für die Beibehaltung des Namens „Demokratische Vereinigung“ ein. Die Freisinnige Vereinigung ist auch eine

Wie man schon an dieser flüchtigen Inhaltsangabe errät, ist dem Verfasser die Aufgabe deshalb nicht glücklich, weil er sich sein Ziel zu hoch gesetzt hat. Anstatt sich damit zu begnügen, eine Kollektion sicher wirkender Satiren durch akzeptable Possentypen vorzutragen zu lassen, und ein kunstfertiges Publikum mit jenseitigen Mädchen und Requisiteuren zu unterhalten, ging sein Ehrgeiz darauf, wirkliche menschliche Konflikte zu gestalten und wenn auch nicht Charaktere, so doch Weltanschauungen aufeinander stoßen und miteinander kämpfen zu lassen. Das gelang ihm nur völlig daneben. Herrn Blumenthals Mangel an Courage tut ein Ubriges, daß er sein Ziel nicht erreicht. Und so wurde uns diese Feiertagspremiere zu einem Wermouthtropfen in dem Becher der Osterfreude. Weiß der Teufel übrigens, was die Direktion dabei hat, uns immer an den harten Feiertagen derart mit Blumenthalenden zu malträtieren! Freilich: Wenn erster war sie frei, beim zweiten ist sie Knecht — des Breslauer Publikums, das gute, süße, literarisch wertvolle geistige Kost so wenig liebt wie Hypothese den Weibstrich. Dieses Publikum klatscht auch am Sonntag Beifall, obgleich die kleinere Langweile des dritten Aktes die gute Laune fast völlig verdorben hatte. Mögliche, daß der Beifall den Darstellern galt, die durchweg Gutes boten. Unter den Hauptfiguren ragte Frau Santen als glaubwürdige Luziane, Herr Santen als faulenzender Diplomat v. Hecker, Herr Müller als vermittelnder Prägelmaße, Herr Lion als Rebellant Pilz und Herr Donnau als freigewilliger Bohème hervor. Die Regie hatte die Bühne aus der Maltusbroschüre gestrichen, das war nicht gut. Aber sie hatte auch eine unmitotierte Gejangs- und Tanzsänge (Frau v. Rüstensfeld) gestrichen, und das war gut, so gut wie die noble Ausstattung des Maler-Ateliers.



Partei (Südt) Was für eine! Wenn keine schlechte Partei ist, so sicher nicht ihres Namens wegen. Wir dürfen uns aber auch schon deshalb nicht „Demokratische Partei“ nennen, weil wir von der Süddeutschen Volkspartei, die man meistens Demokratische Partei nennt, unterschieden werden wollen. Es ist zwar von gewissen Seiten die Vermählung angedeutet worden; solange aber eine Reihe wie die Kaufmannschaft von den eigenen Parteigenossen glänzend bedauert wird, haben wir alle Ursache, von der Süddeutschen Volkspartei abzuweichen. — Der Antrag auf Namensänderung wurde hierauf abgelehnt und eine Reihe Anträge, die sich auf eine bessere Agitation bezogen, angenommen.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat Dr. Theodor Barth's über:

### Die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung.

Die Gründung der Demokratischen Vereinigung war kein Akt parteipolitischer Willkür, die Ereignisse der letzten Jahre haben aber jeden Zweifel beseitigt, daß wir einem Gebot politischen Notwendigkeit gefolgt sind. (Sehr richtig!) Dadurch, daß sich die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft in den Wäldern verstreut hat, verlor sie ihr Ziel der Demokratisierung Deutschlands und des Kampfes gegen die Reaktion aus den Augen. (Sehr richtig!) Zur Entschädigung sagt man, der Wäld sei nur eine vorübergehende Erscheinung, und man sei nicht daran gehindert, demokratische Grundsätze zu betonen und einen entschiedenen Kampf gegen die im Wäld befindlichen Konserverativen zu führen. Gute wissen wir, daß es sich bei diesen Ausreden um eine sponone Selbsttäuschung gehandelt hat. (Lebhafter Beifall.) Eine demokratische Politik ist nur möglich im Kampfe gegen die konserverwärtige Partei, die selbst von sich sagte, sie sei ein rocher de bronze gegen jeden demokratischen Gedanken. (Sehr richtig!) Es war ein Grundrütteln, zu glauben, daß man in einer politischen Verbindung mit den Konserverativen gegen die Konserverativen einen Kampf führen könne. Manche Freisinnigen sagten, sie seien nur deshalb in den Wäld gegangen, um den Konserverativen liberale Konzessionen abzurufen. Es war eine sonderbare politische Kapitulation, das zu glauben. Im Gegenteil, durch das Bündnis hätte man die Konserverativen. (Sehr richtig!) Der dritte im Wäld war die Regierung und vor allem Reichskanzler Fürst Bülow. Beide haben nie daran gedacht, die Konserverativen irgendwie zu bekämpfen. Im Gegenteil, Fürst Bülow erklärte oft genug deutlich, daß er sich fühle als getreuer Verbündeter des preussischen Junkertums und daß er keinerlei Kraft anwenden würde, um eine Verschiebung der Macht zu Gunsten der Liberalen herbeizuführen. Es handelt sich beim Wäld auch nicht um ein gelegentliches Zusammenarbeiten, sondern um eine dauernde Verbindung. Die großen Unterschiede zwischen konserverativen und liberaler Weltanschauung sollen faktisch überbrückt werden. Auf dieses Unternehmen hätte sich ein jeder selbstbewußter Liberalismus nie einlassen dürfen. (Lebhafter Beifall.) Der Umstand, daß es es ist, wird dem Liberalismus schädlichen über die Zeiten des Wäld hinaus. (Erneuter Beifall.) Bei der Reichsfinanzreform hat der Wäld die schlimmsten bedenklichen Niederlagen erfahren. (Sehr richtig!) Die Endwische Reform beruht auf denselben reaktionären agrarischen Ideen wie die Stengelsche Reform, und die Stengelsche Reform hat der Freisinn abgelehnt. Deshalb hätte der Freisinn auch hier sagen müssen: Sucht Euch dieselbe Mehrheit wie damals. Statt dessen hat der Freisinn von vornherein gesapelt, auch dabei sein zu dürfen. (Seitenweise und sehr richtig!) Wenn es nun aber doch wenigstens gelungen wäre, demokratische Forderungen bei der Mitarbeit durchzusetzen! Nicht ist jedoch gemacht worden, und heraus muß dem Freisinn für alle Zeiten der schmerzliche Vorwurf gemacht werden. Weder auf dem Gebiet des Ausbaus des konstitutionellen Gedankens noch auf dem Gebiete der Wahlrechtsreform in Preußen hat der Freisinn auch nur einen Versuch gemacht, etwas zu erringen. Man hat sich sogar darauf etwas eingebildet, keine Erpresserpolitik zu treiben. Man baute den Konserverativen goldene Brücken, ja, man willigte sogar in jenes absurde Preußenkompromiß, welches die Konserverativen aus einer für sie höchst unangenehmen Lage befreite. (Sehr richtig!) So ist der Freisinn bei der Finanzreform

### in die Rolle des getreuen Freibölen herabgesunken.

Gleichgültig, was kommt, der Freisinn wird jetzt immer nur der passivste Teil sein und damit den Liberalismus auf das empfindlichste kompromittieren. Es gibt gewiß Freisinnige, die lieber heute als morgen vom Wäld sich loslösen möchten. Ich erinnere an die Rede Albert Traeger's in Dittersleben und an das Wort Quibdes in Frankfurt a. M., man müsse sich schämen, jemals einer Mehrheit angehört zu haben, unter der solche Politik sich entwickeln konnte. (Lebhaftes „Hört, hört!“) Und schließlich erinnere ich an den Aufruf Raumann's im Berliner Tageblatt: er erkläre den Wäld für tot und wolle, daß alles vergessen sein sollte. Jetzt wolle man eine neue Mehrheit von Hoffmann bis Weibel gründen, und man wieder einmal oppositionelle demokratische Politik treiben. Raumann dachte dabei vielleicht an seine alten Freunde in der Demokratischen Vereinigung. Uns gegenüber war diese Aufforderung unmöglich, wir lehnen es aber andererseits ab, irgend eine Politik der Rache über der Rache zu treiben. Wir müssen auch Raumann gegenüber immer wieder betonen, daß die Leute, an die er sich wendet, nicht daran denken, auf jenen Standpunkt einzugehen. Herr Sechser (Seitenweise) sagte sogar, daß die Freisinnigen nur auf eine Parole seitens des Fürsten Bülow warten, und wenn Raumann betont hat, daß man nur demokratische Politik treiben könne mit Unterstützung der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterkraft, so hat ihn sowohl Dr. Diemer wie die „Freisinnige Zeitung“ abgelehnt. (Lebhaftes „Hört, hört!“) Vergessen wir doch das eine nicht: der ganze Preussische Wäld hat, abgesehen von den paar Nebenarten gegen das Zentrum, keine eigenartige Front gegen die Sozialdemokratie.

Der Wäld ist nie etwas anderes gewesen und hat nie etwas anderes sein sollen als ein Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.) Deshalb wird gesagt: Sucht Euch nicht von Raumann verführen, denn der Kampf gegen die Sozialdemokratie soll nicht aufgegeben werden. Deshalb sagen wir: Ob der Wäld bestehen bleibt, ob er wiederbelebt wird oder nicht, der Wäld ist nicht mehr als ein Wäld, eine wirklich existierende demokratische Politik zu treiben. Deshalb ist die Demokratische Vereinigung notwendig, auch wenn der Wäld zusammenbricht. Abgesehen von der Sozialdemokratie treiben wir allein die echte demokratische Politik. Man kann in Deutschland diese Politik nicht treiben, es sei denn im unablässigen ständigen Kampfe gegen die Konserverativen. (Stürmischer Beifall.) Ein mit den Konserverativen vertragen, ist lächerlich. (Sehr richtig!) Graf Krosch hat im Herrenhaus die Konserverativen als den Feind von Bronze hingestellt, der im Reichstag besser sorgte, daß das Fortkommen des Parlamentes mit gleichem Wohlstand nicht ausgeartet wird, was der im Landtag dafür sorgte, daß der Wäld nicht wiederbelebt wird, hinter dem die Junkerherren sich aufstellen. Man glaubt im Wäld nicht daran, daß der Reichstag Wäld und Kraft heißt, wirkliche demokratische Politik zu treiben. Wir Demokraten sind empfindlich, als auch die letzten Konsequenzen aus unserer politischen Anschauung zu ziehen. Deshalb wollen wir die Demokratisierung durchsetzen in Reich, Staat und Gemeinde, in ununterbrochenem Kampfe gegen alle Reaktion und in Verbindung mit den in der Sozialdemokratie organisierten Massen. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.) Wir wollen alle Konsequenzen ziehen.

### Wir wollen die parlamentarische Regierung reformieren.

Nicht ist uns die parlamentarische Regierung eine konserverative Herrschaft, kann denn wissen wir, was die parlamentarische Regierung ist, was denn weiß auch die Bevölkerung, was sie ist die Politik verantwortlich zu machen hat. (Sehr richtig!) Dem Grundgesetz der parlamentarischen Regierung wollen wir uns nicht abgeben lassen. Mancher hat es schon für ein

solches Entgegenkommen, wenn ein Jude Reserbede offizier werden darf. Für uns ist die Demokratie kein Handel mit kleinen Konzessionen, sondern etwas Unverkäufliches. (Stürmischer Beifall.) Hier gibt es für uns keine Ausnahme und keinen Vorbehalt. Wir wollen ohne Ausnahme, ohne Vorbehalt die staatsbürgerliche Gleichberechtigung durchsetzen bis zu ihren letzten Konsequenzen. Wir wollen wieder eine Verständigung unter den führenden Staaten in Bezug auf die Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Diese Verständigung wird von allen Kulturvölkern ersehnt und erstrebt. Was sie nicht herbeiführen kann, ist die Möglichkeit, ein großes Kulturland zu regieren. (Stürmischer Beifall.) Es kommt darauf an, im großen Stille internationale Kulturpolitik zu treiben. Das ist auch die einzige Möglichkeit, uns aus dem Wäld der Finanzen herauszukommen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik wollen wir die Persönlichkeiten schützen gegen Angriffe politischer und wirtschaftlicher Macht. Wir wollen vermeiden wissen, was wir in letzter Zeit erleben mußten, wie in schamloser Weise Gewalt und Bestimmungsschnitzel gegen wirtschaftlich Schwache angewendet wurden. (Stürmischer Beifall.) Unsere Anhänger wollen wir uns holen aus allen Schichten der Bevölkerung, die da leiden unter den gegenwärtigen Zuständen. Diese Schichten müssen erfüllt werden mit dem Gefühl, daß sie sich wehren müssen. Das ist nur eine Frage der Arbeit und der politischen Energie. Das wir schon etwas geworden sind, geht hervor aus der recht ausgebreiteten Freundschaft bei allen Gegnern der Freiheit. (Seitenweise und sehr richtig!) Man bezeichnet uns als gefährliche Leute. Die Konserverativen wissen eben, was sie von den demokratischen Ideen zu fürchten haben. Der Kampf für die Demokratie bedeutet deshalb auch den Kampf gegen die Junkerherren. Wir wollen einen Kulturstaat auf den Trümmern eines Staates, der von Privilegien und Bevorzugungen geradezu starrt. Wenn es uns gelingt, in dieser Beziehung auch nur einen beträchtlichen Schritt vorwärts zu machen, dann haben wir uns ein außerordentliches patriotisches Verdienst erworben. Es gibt nichts Patriotischeres, als sich an den Bestrebungen zur Demokratisierung Deutschlands und Preußens zu beteiligen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Handklatschen)

### In der Diskussion

forderte Krach (Berlin VI) ein radikal-demokratisches Programm. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, nur den Hochrissinn abzulageln, sondern wir müssen versuchen, die Massen zu gewinnen. Und dazu gebrauchen wir ein Programm, das bestimmte wirtschaftliche und sozialpolitische Forderungen enthält. Ich bin nicht dafür, daß wir uns auf die republikanische Staatsform festlegen. Ich bin der Meinung, daß die republikanische Staatsform überhaupt nicht ersehnt werden kann, sondern sich von selbst erheben wird. Selbst Weibel hat die englische Monarchie der französischen Republik vorgezogen. Mit der Forderung werden wir nicht die große Masse begeistern. (Zustimmung und Widerspruch.) Damit gewinnen wir weder die Sozialdemokratie, noch deren Willkür. Deshalb wollen wir der Republik ein unabhängiges Begründungsprogramm bereiten. (Beifall und Widerspruch.)

Dr. Weiskopf (Frankfurt a. M.): Die Republik können wir sehr wohl als Ideal hinstellen, aber wir dürfen sie nicht als Forderung des Tages propagieren. In unser Programm sollten wir das Frauenstimmrecht und die Freiheitsrechte aufnehmen. (Beifall.) Wir sind nicht antireligiös, aber wir sind gegen den Klerikalismus. (Großer Beifall.) Wir wollen uns nicht nur gegen den Junker und Müller, sondern auch gegen den schwarzen Müller wenden. (Lebhafter Beifall.)

Bücher (Steglit) fordert Trennung von Staat und Kirche. — Wiefenthal (Berlin VI): Demokratie als Volksherrschaft und Volkswirtschaft als Republik. Volksherrschaft mit einem Kaiser ist undenkbar. (Sehr richtig!) Wenn das Volk regiert, so kann der Kaiser nicht regieren. (Sehr richtig!) Im übrigen bin ich auch dafür, daß wir nicht nur die Schachergeschäfte des Freisinn kritizieren, sondern daß wir ein Programm mit positiven Forderungen aufstellen. (Beifall.)

Wolter (Berlin): Mit schönen, radikalen Ideen ist nichts gemacht. (Großer Beifall.) Weiter haben wir doch nichts gebildet. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir sollten mehr Arbeit auf kommunalem Gebiet leisten. (Sehr richtig!), mehr für die Arbeiter tun und vor allem an der Ausrottung der gelben Gewerkschaften beteiligen. (Lebhafter Beifall.) Diese Schmarotzer sind keine richtigen Arbeiterorganisationen. Die sozialdemokratischen Arbeiter bekommen wir nicht. Deshalb müssen wir danach streben, die Masse der noch indifferenten Arbeiter zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Rudolf Breitscheid (Berlin): Der Streit, ob die republikanische Staatsform oder die Republik das bessere ist, hat keinen praktischen Wert. Auch in dem Programm der Sozialdemokratie steht nichts von einer Republik. Sie allein ist nicht und bietet keine Garantien für eine demokratische Politik. Wir sind für ein Gemeinwesen in den Sozialismus, soweit dieser dazu dient, die einzelne Persönlichkeit zu heben. Die Frage, ob Republik oder Monarchie, gehört überhaupt nicht in unser Programm. (Lebhafter Beifall.)

Adameczek (Berlin I) verlangt die Verzichtnahme der Bestrebungen der Bodenreformer. (Beifall.)

Reichsminister Meißner (München): Die Freisinnigen haben das schönste Programm und trotzdem ist unsere Vereinigung notwendig, weil eben das Programm nur auf dem Papier steht. In Bayern haben die Liberalen sich gegen die Einführung des gerechten Landtagswahlrechts gewehrt und erst Zentrum und Sozialdemokratie mußten es uns verschaffen. (Hört, hört!) Das Ideal des Freisinnigen von heute war kürzlich im „Simplicissimus“ abgebildet. Die Unterschrift lautete: „Hier sitze ich, ich kann auch anders!“ (Seitenweise und Beifall.)

Dr. Moses (Berlin) stellt als die Hauptaufgabe der demokratischen Vereinigung die Forderung auf: Politische Einsicht und politische Bildung zu verbreiten. (Großer Beifall.)

Reichsminister Heine Deinan erklärt sich gegen die Anstellung eines Programms. In dem freisinnigen Zentrum, dem er bis vor drei Viertel Jahren als Mitglied angehört, kamen die meisten lokalen Führer nicht einmal den Vorwurf des Programms. (Hört, hört!)

Kantor a. D. Köstliche (Berlin): Wir wären ohne weiteres aus der Fraktionsgemeinschaft heraus, wenn wir ein parlamentarisches Regime hätten. Wenn der Reichskanzler ein Verantwortlichkeitsgefühl vor der Geschichte hätte, so hätte er längst demissioniert. (Beifall.)

Juan Toni Breitscheid (Berlin) tritt für ein möglichst lautes Programm ein und fordert das Frauenstimmrecht.

v. Gerlach-Berlin: Das Zentrum hat bis heute noch kein Programm. Es wäre auch ganz unmöglich, ein Programm aufzustellen, unter dem sich der Herzog v. Braunschweig und der Arbeiter Giesberts zusammenschließen. (Sehr richtig!) Aber ein großer leitender Gedanke beherrscht das Zentrum: die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche. Einmal solchen leitenden Gedanken haben auch wir: den demokratischen Gedanken. Deshalb ist das Programm wenig, die Arbeit alles! (Beifall.)

Aufhäuser-Berlin nennt sich gegen jede Trennung von gewerblichen Arbeitern und Bauerngelehrten und dankt der Demokratischen Vereinigung, daß sie für eine einheitliche Arbeiterorganisationen für alle Angehörigen eingetreten ist. (Beifall.)

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Das Ziel aller Bestrebungen der Demokratischen Vereinigung ist die konsequente Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde. Diese Demokratisierung erfordert vor allem die Durchsetzung des Prinzips der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gegenüber dem System der Erziehung, wie es allenthalben in Deutschland, besonders in Preußen, in Übung ist und in dem elementar aller Wohlstande jenseits reaktionären Anspruchs gehandelt hat; ferner gegenüber den Ausschüssen des persönlichen Regiments, die Durchführung einer Regierung, bei der der Volkswille in letzter Linie ausschlaggebend ist, sowie die Demokratisierung der Grundzüge einer aufrechten Selbstverwaltung. In Verleß mit anderen Völkern verfolgt die demokratische Vereinigung das Ziel der Begründung aller notwendigen Differenzen auf friedlicher

lichem Wege und die internationale Verständigung vorweg. Maß der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. In allen sozialen Fragen vertritt die Demokratische Vereinigung den Schutz der Persönlichkeit gegenüber allen Vergewaltigungen der politischen und wirtschaftlichen Mächte. Keines dieser demokratischen Ziele wird sich ohne rücksichtslosen Kampf gegen die Träger und Nutznießer unferer Privilegienplätze, Junker, Agrarier, Konserverwärtige, Schlot- und Grundbesitzer erreichen lassen. Und nur im Zusammenwirken mit den breiten Massen der Arbeiter, insbesondere auch mit der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterkraft, deshalb kein Wäld und keine Verständigung mit irgend einer reaktionären Partei, sondern rücksichtsloser und unablässiger Kampf gegen alle politischen Träger und Begünstiger einer agrarischen sowie industriellen Konserverwärtigkeit.

Ferner wurden eine Reihe Anträge angenommen, die sich für Propagierung politischer Bildung und politischer Erziehung und für eine Verständigung mit England über das Maß der Rüstungen ausbreiten. Zu die Programmkommissionen wurden gewählt: Freund (Berlin II), Oberst a. D. Gädke (Steglit), Ademann (Berlin), Wolter (Berlin VI), Aufhäuser (Berlin), Frau Minna Gauer (Berlin) und v. Gerlach (Berlin). Zum Vorsitzenden wurde Dr. Breitscheid wiedergewählt, zum Kassierer Kaufmann Jander und zum Schriftführer Dr. Glaser. Als Beisitzer wurden gewählt: Aufhäuser, Dr. Barth, Oberst a. D. Gädke, v. Gerlach, Kunze, Regina Deutsch, Witt und Wolter, sämtlich in Berlin.

Der nächste Parteitag findet 1910 in Köln statt.

### Aus Schlesien und Posen.

Brieg, 11. April. „Die Schlacht bei Mollwitz“. Das „Brieger Stadtblatt“ veröffentlichte in Nr. 10 folgende Notiz:

„Die Schlacht bei Mollwitz“, Patriotisches Volksstück in vier Akten, geht am Montag, den 13. d. Mts., am hiesigen Stadttheater in Szene. Die fleißigen Büchsen entsprechend tritt im letzten Akt der König Friedrich II. persönlich auf.

Sumoroff bemerkt dazu der „M.“: Jungfrauen hatte wohl aber eine Verheißung die Verbindung mit der vierten Dimension unterbrochen, denn König Friedrich II. ist am Stadttheater nicht persönlich erschienen, sondern ließ sich durch einen Schauspieler vertreten.

Brieg, 10. April. Aus dem Stadtparlament. Der Bau des vor 2 1/2 Jahren errichteten Elektrizitätswerkes hat insgesamt 150.144,93 Mark Kosten verursacht. Werden jedoch die Kosten für die Installationen und für die spätere Erweiterung des Werkes in Abrechnung gebracht, so betragen die Kosten 196.066 Mark. Da von der Stadtverordneten-Versammlung ursprünglich 350.011 Mark für das Elektrizitätswerk bewilligt worden sind, so bleiben noch 46.025 Mark zu bedenken. Auf Antrag des Magistrats wurde beschlossen, zur Deckung dieser Mehrkosten eine Anleihe von 40.000 Mark bei der hiesigen städtischen Sparkasse gegen 3 1/2 Prozent und 1 1/2 Prozent Amortisation aufzunehmen. Zur Erweiterung der Schließstände im Leubuscher Wäld werden dem Militärjuzus noch weitere 16,5 Mr zum Jahrespreis von 160 Mark für den Sektor verpachtet. Bei Kautersdorf soll der Damm weiter abgerückt werden, um dem Reichsbahnhof einen schnelleren Abfluß zu geben, hierzu werden 30 Morgen städtischen Besitzes ausgebeutet und als Wiesen übergeben; die Kosten, in Höhe von 83.000 Mark, trägt die Provinz. Eine Neuerung fand bei der städtischen Sparkasse statt, indem von jetzt ab die Einlagen auf den Tag berechnet werden. An die hiesige Armenanstalt wurden zu deren Erweiterung achtzehn Hektar städtischen Besitzes zum Preise von 103.000 Mark verkauft. Zur Erweiterung des Grundwasserwerkes in Giersdorf, wo eisenreines Wasser gefunden wird, werden 17 Morgen Acker, der Morgen zu 650 Mark, angekauft. Mit der Errichtung eines Kaffeehauses im Wäldchen, das sich auf 52.400 Mark stellen soll, erklärte sich die Versammlung gleichfalls einverstanden.

Brieg, 12. April. Wichtigstellung. Das am letzten Montag vom hiesigen Kreisgericht abgeurteilte Soldaten-„Erzieher“-Trio, der Feldwebel Krüger, Sergeant Kraxenitz und Unteroffizier Langer gehören nicht der 6. Kompanie des 156., sondern des 157. Infanterieregiments an.

Felsenberg, 11. April. Bedauerlicher Unfall. In einer hiesigen Tischlerei war der dreizehn Jahre alte Bruder eines Tischlergesellen an der Hobelmaschine mit Handleistungen beschäftigt. Durch ein Versehen geriet der Knabe mit der rechten Hand in die Messer der Maschine, und dabei wurden ihm sämtliche Finger der rechten Hand außer dem Daumen abgeschnitten. Der bedauerliche Unfall soll, wie angegeben wird, von seinem Bruder zu den Arbeiten herangezogen worden sein. Ob das der Wahrheit entspricht, wird die Untersuchung ergeben.

Striegau, 12. April. Verbrechen. In einem Gasthause der Junglichen Wirtschaft wurde ein hier beschäftigter Maurer mit geschmetertem Gesicht tot aufgefunden. Ob ein Verbrechen oder ein Unfall vorliegt, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Freiburg, 12. April. Vom Rathaus. Die vielbesprochene Frage des Neubaus oder Um- und Erweiterungsbaues unseres Rathauses ist in der letzten Stadtverordnetenversammlung endgültig entschieden worden. Da die auf 150.000 Mk. veranschlagten Kosten für einen Neubau im Hinblick auf die ungünstige Finanzlage der Stadt als zu hoch erachtet wurden, entschied sich die Versammlung für den Um- und Erweiterungsbau des Rathauses und bewilligte die hierfür berechneten Kosten in Höhe von 56.000 Mk.

Legnitz, 12. April. Jugendbildner. Ein 53 Jahre alter Kantor und Lehrer aus einem Dorfe des Kreises Legnitz wurde wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit in zwei Fällen zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Namen kann man aus der bürgerlichen Provinz-Presse natürlich nicht erfahren.

Goldsberg, 12. April. Heidnische Begräbnisstätte. Bei den Kellerausbesserungsarbeiten an dem abgebrochenen Grundstück des Rentiers Koban auf der Sälzerstraße ließ man in einer Tiefe von ca. 2 Metern auf eine heidnische Begräbnisstätte und fand dabei bis jetzt 4-5 gut erhaltene Urnen, die auf ein Alter von 1000 Jahren schließen lassen. Man hofft, im Laufe der nächsten Tage noch mehrere Gegenstände zu finden. Das abgebrochene Haus hat ein Alter von mehr als 200 Jahren.

Friedeberg a. O., 13. April. Großer Feuer. In der Nacht zum Sonntag brach in dem auf dem Fingee gelegenen Hotel „Schwarzer Adler“ in dem an die hintere Front des Hotels anstoßenden Tanzsaal auf noch unangelegte Weise Feuer aus, das hiesige, sowie auch den unter dem Tanzsaal befindlichen Pferdehof bis auf die Grundmauern einschloß. Die im Stall stehenden Pferde konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, indes brannte der Tanzsaal vollständig aus. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die nebenstehenden Gebäude waren sehr gefährdet, konnten aber dennoch gehalten werden.

Posen, 10. April. Zwischen den Puffern. Donnerstags Nachmittag wurde auf dem Bahnhof Gebersdorf der 13 Jahre alte Schüler Stanislaus Jablonski, Sohn der Arbeiter Stanislaus Jablonski'schen Eheleute, Festungstraße Nr. 10 mochnast, als er zwischen zwei Güterwagen hindurchgehen wollte, von den Puffern erfaßt und ihm der Brustkorb eingedrückt, jedoch der Tod auf der Stelle eintrat. Der Tote war seinem mit dem Abladen von Mauersteinen von dem Eisenbahnwagen beschäftigten Vater beistehend. Er erhielt von diesem den Auftrag, Trinkwasser zu holen; um sich den Weg nach dem auf dem Personenbahnhofe stehenden Wasserüberbrücken zu zeigen, lief er zwischen zwei nur einen halben Meter von einander entfernten stehenden Güterwagen hindurch und wurde infolge eines Stoßes, den die Wagen durch Rangieren erhalten hatten, von den Puffern erfaßt und zu Tode gequält. Die Leiche wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.